

er Kets einen „Reinern“ finden wird, als er, der ihn wird „reinen“ wollen. Und je mehr die Partei von Unzulänglichkeiten „gereinigt“ wurde, die nichts anderes sind, als die Schwächen des Menschengehirns, desto mehr läuft man Gefahr, sie zu einer Seite zusammenzuknurren zu lassen, sodass zu dem Gefolge eines Führers mit Pfaffen- und Unteroffiziersallüren und schließlich zu einer bloßen Clique.“

Nachdem er mit feiner Ironie die Folgen dieses Reinigungssimmels gekennzeichnet hat, der übrigens eine internationale Erscheinung bei allen extremen Parteien ist, stellt Blich fest, daß die immer größer werdende Zahl der Konflikte in unserem Bezirksverband die vorstehenden Bemerkungen in jämmerlicher Weise unterstreicht. Sodann fährt er fort:

„Das Nebel, es liegt vor allem im folgenden: allzu viele Genossen vergessen, daß der Kommunismus damit anfangen sollte, womit er enden wird, mit dem Vertrauen und der Brüderlichkeit. Es ist unerhört, daß Führer, die zwanzig Jahre ihres Lebens dem Dienst des Sozialismus gewidmet haben, der etwas jadisigen Boshait anderer Genossen wie Raubtieressen hingeworfen werden. Solche Sitten haben dem Bestand der Partei viel geschadet. Sicher sind diejenigen, die diese Sitten eingeführt haben, die ersten gewesen, um der Partei den Rücken zu kehren. „Agents provocateurs“ hätten nicht anders gehandelt und, vor allem, keinen Erfolg erzielt.“

Wohlgemerkt ist es die Beschimpfung ergrauter Parteiführer innerhalb der kommunistischen Partei, gegen die sich Blich so entrüstet wendet. Ob er die Schimpforgien seiner Parteifreunde gegen die bewährtesten und ältesten Arbeiterführer in der sozialistischen Partei und in der Amsterdamer C.O.L. billigt, ist nicht klar ersichtlich. Aber auch das ist eine internationale Erscheinung des Kommunismus — besonders in Deutschland —, daß sich jeder grüne Schölen herausnimmt, die Veteranen des proletarischen Kampfes als „Verräter“ zu schmähen (und sodann nach „Einheitsfront“ zu rufen!).

Blich, der noch am Schluß seines Berichtes u. a. gefordert hatte, daß sich der kommunistische Wortschatz in Zukunft sowohl von dem Kasernenjargon, wie auch von dem Reglement der Dominikanerklöster abwende, hat natürlich den Jörn aller „Unteroffiziere und Pfaffen“ der Pariser Partei auf sich geladen, die in einer gemeinsamen gezeichneten ebenso langen Erklärung die Ablehnung dieses „nach Form und Inhalt unannehmbaren Berichtes“ beantragen, der ein „polemisches Dokument mit philosophischen und literarischen Annahmen“ (!) darstelle, „das von Anklagen wimmelt, die u. m. s. p. e. r. f. i. d. e. r. a. s. i. e. n. u. n. k. l. a. r. g. e. h. a. l. t. e. n.“ In dieser Antwort werden nicht weniger als sieben verschiedene Feldzüge enthüllt, die in den eigenen Reihen der Kommunistenpartei gegen Moskau geführt werden, darunter:

1. Feldzug für das Recht, innerhalb einer kommunistischen Partei antikomunistisch zu denken.
2. Feldzug für die Wiederherstellung der früheren impotenten Einigung...
3. Feldzug gegen die Idee einer Roten Armee, gegen den angeblichen roten Militarismus, unter Berufung auf einen abstrakten Pazifismus.

Der sechste Feldzug richtete sich gegen die von Moskau angeordnete Parole der „Einheitsfront“, denn — um den Wirrwarr zu vollenden — sind es gerade die Anhänger von Blich, die von Einheitsfront mit den „Rechtssozialisten“ Longuet und Renaudel nichts wissen wollen, während ausgerechnet die ganz Reinen und Radikalen für die Verwirklichung dieser Parole eintreten, wöl sie eben von Moskau stammt! — und der siebente Feldzug geht sogar so weit, die Dritte Internationale als ein diplomatisches Instrument im Dienste einer Sowjetregierung mit verändertem Kurs“ zu enthüllen.

Trotz dieser scharfen Entgegnung hat der am 4. Mai abgehaltene Bezirkstag des kommunistischen Seineverbandes den Bericht von Blich mit etwa Dreiviertelmehrheit gebilligt und seinem Verfasser das Vertrauen aus-

gesprochen! Danach scheint die kommunistische Partei in Frankreich, dieses schönste Kronjuwel der Moskauer Internationale, wirklich ein noch größeres Affentheater zu sein, als die K.P.D. Deutschlands. Das will nicht wenig sagen.

Aber, nicht wahr?: der Kommunismus hat „tieferer Wurzeln“ im industriellen Westeuropa gefaßt, als selbst in Rußland und sein „Wachstum“ ist „unaufhaltbar“. Kadel jagt es, und es gibt unter den Lesern der „Roten Fahne“ brave Kerle, die es glauben.

Aus der Parolenschmiede.

Wir haben bereits den neuesten kommunistischen Schwindel besprochen, der in der Form „parteiloser Arbeiterkomitees“ auftritt. Der in der „Roten Fahne“ veröffentlichte ausführliche Bericht über die Tagung des kommunistischen Zentralkomitees gibt für jeden, der sehen will, zu erkennen, daß die neue Parole „Arbeiterkomitees“ lediglich aus agitatorischen Gründen hinausgeschleudert wird. Man ist sich vollkommen klar darüber, daß diese Arbeiterkomitees nur Sand in die Augen für die Arbeiter sein soll, ebenso wie die Parole der Einheitsfront.

Eine Reihe von Mitgliedern des Zentralkomitees hat sich denn auch gegen die Arbeiterkomitees ausgesprochen, allerdings nicht, um das Spiel zu vereiteln, sondern weil die Redner darin eine Gefahr für die K.P.D. selbst erblickten. Stoeder z. B. schiebt in der Einheitsfrontatmosphäre die „Gefahr, daß die Arbeiter sich pazifistischen Illusionen hingeben“. Arbeiterkomitees hält er für überflüssig, denn: „Wo wir stark sind, haben wir die Betriebsräte für uns; wo wir schwach sind, werden Komitees gebildet, in denen wir ohne Einfluß sind“. Böttcher behauptet sogar, daß der „Kampf gegen die S.P.D. und U.S.P.-Führer durch die Einheitsfront totschicklich gelitten“ habe. Schönank erklärt, daß die Arbeiterkomitees „den vielen anderen Bestrebungen verdammt sind, die so glänzend ins Wasser fielen. Wo wir schwach sind, sind diese Dinge Spielerei; wo wir stark sind, sind sie überflüssig. Parteilose Komitees würden nur die politischen Tendenzen (!!) der deutschen Arbeiterkraft stärken“.

Ein anderer Redner hält es für verfehlt, jezt Arbeiterkomitees zu schaffen, denn „die Gefahr besteht, daß sie die Form von Arbeitsgemeinschaften annehmen. Es muß vom Zentralkomitee die Frage gelöst werden, wie wie während der Periode der Einheitsfront die S.P.D. und U.S.P. bekämpfen. Wir müssen es offen und klar aussprechen, daß wir von der Einheitsfront Revolutionierung der Arbeitermassen erwarten. Der Trennungspunkt bei der Einheitsfront liegt da, wo S.P.D. und U.S.P. nicht mit uns zum revolutionären Kampf zu bringen sind“.

Aber Ernst Meyer gibt als Referent der Sache erst die richtige Deutung. Er glaubt, daß die Arbeiterkomitees den Kommunisten gute Dienste leisten würden. Allerdings müßten sie das Hauptgewicht auf die Gewerkschaften und auf die Betriebe legen. Wo diese Anhaltspunkte vorhanden seien, wären die Arbeiterkomitees überflüssig! Er spricht also ganz klar aus, daß diese neueste Erfindung lediglich dort Platz greifen soll, wo die Kommunisten sonst einflußlos sind. Um so aufmerksamer werden unsere Genossen dieser Parole gegenüberstehen und kommunistische Wünsche nach Schaffung solcher Arbeiterkomitees als das kennzeichnen müssen, was sie sind, nämlich als neuesten Versuch zum Bauernfang.

Heroorgehoben werden muß noch, daß der Metallarbeiter Wolcher die von anderen Kommunisten aufgestellte Behauptung bestritt, daß eine Massenflucht aus den Gewerkschaften stattfindet. Wolcher flügte auch über die Gefahr, die aus der zerstörenden Arbeit der Union drohe. „Die Union hat Zellen in der kommunistischen Partei, aber die Partei hat keine Zellen in der Union. Wir Kommunisten sind verpflichtet, überall, auch in der Union, kommunistische Fraktionen zu bilden.“

Das heißt also: Wir reden von der Einheitsfront, meinen aber die Zellenbildung! Und die sozialdemokratischen Arbeiter sollen das glauben.

Zum deutschen Geschäftsträger in Kowno ist Legationsrat Diebhausen ernannt worden.

Der Moskauer Hungerstreik.

Die Auslandsdelegation der Linken Sozialrevolutionäre (Internationallisten) schreibt:

Der Hungerstreik der Linken Sozialrevolutionäre, die sich in Moskau in Haft befinden, dauerte am 16. Mai noch.

Im Moskauer Gefängnis sind jetzt 42 Linke S. R. — ein kleiner Teil aller Genossen, die in bolschewistischen Gefängnissen in Haft gehalten werden. Diese 42 Genossen haben insgesamt während der Diktaturperiode der Kommunisten 87 Jahre 9 Monaten abgeessen und insgesamt mehr als 880 Tage gefungert!

Die Mehrzahl ist nicht nur nicht vor ein Gericht gestellt, sondern überhaupt nicht verhört worden!

Sie fordern jetzt, daß man sie freiläßt oder ins Ausland läßt. Ohne die Hilfe der europäischen Genossen werden die 42 Hungernden sterben, denn sie haben beschlossen, entweder frei zu sein oder zu sterben — sie können nicht mehr im Gefängnis bleiben!

Wir sind sicher, daß die Genossen, die als Vertreter des europäischen Proletariats nach Rußland gehen, die Forderung des Proletariats der ganzen Welt nach Freilassung der Sozialisten der Moskauer Regierung übermitteln werden.

Für die Auslandsdelegation der Partei der Linken Sozialrevolutionäre (Internationallisten):
Alexander Schreider.

Der Prozeß gegen die verhafteten Sozialrevolutionäre wird Anfang Juni beginnen. Das Volkskommissariat verspricht den Sozialrevolutionären, die als Verteidiger Einreisefaubnis erhielten, daß sie in ihrer Tätigkeit als Verteidiger in keiner Weise beeinträchtigt werden würden. Mit Rücksicht darauf aber, daß die Sozialrevolutionäre Partei den bewaffneten Kampf gegen die Räterregierung zum Programm habe, würden für die Zeit des Aufenthaltes der Verteidiger besondere Maßnahmen zur Verhütung einer Propaganda getroffen werden.

Staatsanwalt Kadel.

Die Verteidiger der russischen Sozialrevolutionäre, deren Prozeß am 23. Mai in Moskau beginnt, reisen am Mittwoch früh von Berlin nach Moskau ab. Von der Zweiten Internationale befindet sich Genosse Banderfeld darunter. Wie wir erfahren, ist Karl Kadel mit der Funktion des Anklagevertreters beauftragt. Soll das etwa die Rache der Moskauer Sowjetgewaltigen dafür sein, daß Kadel auf der Berliner Sozialistenkonferenz die Entsendung von Verteidigern und die Nichtverhängung von Todesstrafen für die Angeklagten zugesagt hat?

Der Prozeß Boldrini.

Mailand, 16. Mai. (D.L.) Der Mailänder Prozeß gegen die Anarchisten, die das furchtbare Bombenattentat im Diana-Theater verübt haben und in den der von Deutschland ausgewiesene Boldrini als einer der Haupttäter verwickelt ist, erreichte seinen Höhepunkt bei den Zeugenvernehmungen. Unter den Zeugen befanden sich viele der schwerverletzten Opfer des Attentats, die so furchtbarlich zugerichtet waren, daß die Angeklagten offenbar diesen Anblick nicht ertragen und den Vorstehenden erludten, während des Zeugenverhörs aus dem Saale geführt zu werden. Unter den Opfern befand sich z. B. eine Dame, die dem Orchester angehört hatte und der durch die Bombenexplosion eine Hand weggerissen wurde, so daß sie nun beschäftigungslos in drückendem Elend lebt. Ferner erschienen zwei Schwefelner, denen die Beine zum Teil weggerissen worden waren, endlich ein junges Mädchen, das infolge der Explosion ein Auge verlor. Das Publikum verlangte, daß man die Angeklagten wieder in den Saal führe, damit sie sehen könnten, was sie angerichtet hatten. Der Vorstehende gab jedoch diesem Verlangen keine Folge. Erst nach der Zeugenvernehmung wurden die Angeklagten wieder in den Verhandlungssaal gebracht, wo der Prozeß seinen Fortgang nahm.

Einlein — Mitglied des Völkerbundes. Der Völkerbundrat ernannte die Mitglieder des neu gebildeten zwölfgliedrigen Ausschusses zum Studium der internationalen geistigen Zusammenarbeit, darunter Professor Einlein, Berlin.

Der Siegeszug des Kinos.

Von Friedr. Kleis.

Kaum ein Vierteljahrhundert kennen wir das „lebende Bild“. Die Anfänge der optischen Darstellungen von Serienbildern reichen zwar schon bis ins Jahr 1829 (Blotenau) und 1834 (Strompfer) zurück, eine Fortbildung brachte aber erst der „Schneefleher“ von Anschütz (1890) und das „Kinetoskop“ von Edison (1895). Der erste brauchbare „Kinematograph“ wurde jedoch von Lumiere in Lyon im Jahre 1896 konstruiert.

Zuerst wurde die Erfindung unter den verschiedensten Namen, wie „Biograph“ usw. in wissenschaftlichen Zirkeln gezeigt, dann erließen sie auf den Jahrmärkten und Schützenfesten. Gleichzeitig wurden auch schüchternere Versuche unternommen, ständige „Kinematographen-Theater“ einzurichten. Die Unternehmen glückten, dank der mannigfachen technischen Vorzüge, die nun einmal diese Art „Theater“ besitzen. Die Einrichtungen sind verhältnismäßig einfach, die Szenarien, die mit allerlei Kunstgriffen aufgenommen und an die Leinwand, welche die Welt bedeutet, gemworfen werden können, abwechslungsreich. Heute ist das Kino einer der mächtigsten Faktoren unseres Kulturlebens. Es dient der wissenschaftlichen Fortbildung, der Belehrung und in der Hauptsache der Unterhaltung.

Bis jetzt hatten wir noch keine genaue Statistik über die Kinos. Ihre Zahl wurde nur nach Schätzungen angegeben. Die amtlichen Erhebungen erstreckten sich eben fast nur auf Vorgänge, die behördlich organisiert sind. Andere Dinge kennt der Beamte nicht. Jetzt hat der deutsche Städtebund eine private Umfrage über die Lichtspieltheater in deutschen Städten von 5000 und mehr Einwohnern nach dem Stande des Beginns des Jahres 1921 vorgenommen. Die Erhebung ist noch mangelhaft, denn sie umfaßt nur 408 Städte. In Wirklichkeit haben wir bereits rund 550 Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern. Die 408 Städte besaßen 1672 Lichtspieltheater, so daß durchschnittlich auf rund 13000 Einwohner ein Kino entfiel. Für alle Gemeinden des Reiches wird man die Zahl der Kinos etwa auf das Doppelte schätzen können; die auf ein Kino entfallende Einwohnerzahl wird sich vielleicht auf 15000 erhöhen. Dazu kommen noch die wandernden Kinos und gelegentlichen Vorführungen. In 257, also der Mehrzahl der von der Statistik erfaßten Städte bestehen 2 bis 5 Kinos. München gibt 18 an, Berlin 198, Hamburg fehlt leider in der Statistik. Die 1672 Kinos haben 636303 Sitz- und Stehplätze, so daß durchschnittlich auf 1000 Einwohner 24 Plätze entfallen. Von der Gesamtzahl der Kinos wurden betrieben 1417 durch physische Personen, 246 durch Gesellschaften und Vereine und nur 9 durch die Städte selbst. Es ist schon sehr viel von der Kommunalisierung der Lichtspieltheater gesprochen worden; wie die Ziffer zeigt, ist sie noch nicht weit vorgeschritten.

Im Jahre 1901 hatten nur erst drei Städte ein ständiges „Kinematographentheater“. In den Jahren 1901 bis 1914 kamen noch 362 Städte dazu; der Rest in der späteren Zeit. Etwa ein Drittel der Gesamtzahl der Kinos ist erst nach Kriegsbeginn (1. August 1914) eröffnet worden. Die Eintrittspreise waren mindestens im Durchschnitt 1,78 M., höchstens

5,01 M. ohne die Lustbarkeitssteuern. In den Kleinstädten war der Höchstpreis durchschnittlich 3,85 in den Großstädten 9,50 M. Inzwischen, also seit Anfang 1921, sind die Eintrittspreise erheblich gestiegen. Ausnahmslos jede Stadt erhebt Lustbarkeitssteuern, natürlich auch von den Lichtspieltheatern. Die Einnahmen aus dieser Steuer betragen für die 408 Städte rund 115 Millionen Mark oder für jede Stadt im Durchschnitt 290000 M. Auf den einzelnen Einwohner entfallen durchschnittlich rund 6 M. Steuererträge aus dem Kino. Man sieht, wie auch die privaten Lichtspielhäuser zu einer Einnahmequelle für die Gemeinden geworden sind.

Um das Kino mehr der Belehrung zu widmen, ist man dazu übergegangen, besondere Schülerveranstaltungen einzurichten. In 104 Städten geschah das durch die Stadt- oder Schulverwaltung. Von diesen richteten 22 den Besuch durch die Schulkinder völlig unentgeltlich ein. Jedenfalls ein recht zweckmäßiges und nachahmenswertes Vorgehen. In der Hauptsache waren daran Mittelstädte im Umfange von 20000 bis 50000 Einwohner beteiligt. Von den privaten Kinobesitzern wurden in 188 Städten Schülerveranstaltungen eingerichtet. Die durchschnittlichen Eintrittspreise betragen noch nicht eine Mark. Größtenteils unterstanden auch die Spielpläne in den privaten Schülerveranstaltungen der Kontrolle der Schulverwaltungen. Eine Stadt hat eine ständige städtische Jugendbühne eingerichtet, von der natürlich keine Lustbarkeitssteuer erhoben wird.

Man hat viel von den nachteiligen moralischen Wirkungen der Kinos auf ihre Besucher, namentlich die jugendlichen, gesprochen. Es gibt sicher viele Filme, bei denen eine Berechtigung dieser Vorwürfe nicht bestritten werden kann. Sie überbieten sich in unmöglichen „Sensationen“ und „spannenden Handlungen“. Das noch zu lösende Problem besteht darin, die Vorführungen fesseln, gleichzeitig aber auch tollvoll, natürlich und erzieherisch zu machen. Einiges ist nach dieser Richtung schon durch die öffentliche Kritik erreicht worden. Vieles ist aber gleichwohl noch zu bessern. Das Kino muß noch weit mehr in den Dienst der Volksbildung gestellt werden.

Der erste Bericht der Grönland-Jubiläumsexpedition. Von der im Sommer 1920 unter Führung Pauge Kochs aufgebrochenen dänischen Jubiläumsexpedition nach Grönland hatte man bisher nicht viel gehört. Jetzt ist einer der Teilnehmer mit Kochs erstem Bericht nach Dänemark zurückgekehrt. Danach ist es Koch gelungen, sich die grönländische Reiseteknik, die bisher nur von Knud Rasmussen und Peary in vollem Maße beherrscht wurde, zu eigen zu machen. Am 18. März 1921 brach er von seinem Winterquartier, Kap Robertson im Inglefeld-Gebirge, mit 20 Schlitten aus, die mit dem Vorwärtkommen der Expedition allmählich wieder zurückgeschickt wurden. Pauge Koch folgte der Küste nördlich, dann östlich und erreichte am 21. Mai Kap Bridgeman, den nördlichsten Punkt Grönlands. Bis zu diesem Zeitpunkt waren alle Hilfsschlitten zurückgeschickt und nur zwei Schlitten mit 18 Hunden führten die Expedition vorwärts. Von Independenceford aus betrat man das Inlandeis und ging auf diesem bis zum Osbornesford weiter, dann längs des Fiorandes zum Petermannsford und Humboldtgleischer, ungefähr denselben Weg, den Knud Rasmussen 1917 benutzt hatte.

Hier fand man das eingerichtete Depot. Die Reise verlief unter großen Anstrengungen, da man kein Jagdglück hatte. Lange Zeit hindurch mußte die Expedition von Hosen und Krepierien hunden leben. Die Mitglieder kamen jedoch im Winterquartier von Kap Robertson wieder zu Kräften. Im Laufe des Winters besuchte Koch Upernivik, von wo aus er seinen Bericht abschickte. Auf seiner Reise fand er auch die Unterkunft, die ihm Julius-Erichsen und Gabrielsen im Jahre 1907 am nördlichsten Punkt ihrer Fahrt eingerichtet hatten. Den dort niedergelegten Bericht des Forschers hat Koch sonderbarerweise bisher nicht an die dafür in Betracht kommenden Stellen weitergegeben. Die Expedition hat eine Menge seltener Mineralien gesammelt, die in den Depots längs der Küste zum Abholen bereitliegen.

Die Farbe in der Baukunst des alten Orients. In der Deutschen Orientgesellschaft sprach kürzlich Dr. Andrae über altorientalische Schmelzfarbenmalereien. Unter ihnen überwiegt der Schmutz von Bänden und anderen Bauteilen, und Berlin hat unter allen Städten der Welt bei weitem die reichsten Schätze antiker Reste dieser Kunst. Dr. Andrae wies darauf hin, wie sehr die Stellung der Orientalen zur Farbe von der der Griechen (und man kann sagen, von der der ganzen neuen Welt seit der griechisch-römischen Baukunst) abwich. Den Griechen ist die Farbe Mittel zur Steigerung der von ihnen zunächst gesuchten Form, dem Orientalen ist sie Selbstzweck. Sie schreit nicht, wie sie es heute oft tut; ist aber stark, besonders auf dem Hintergrund einer allmählich greuen Umgebung und in heller, östlicher Sonne. Unter Nebukadnezar II. von Babylon wurde schon im 6. Jahrhundert der später nicht mehr übertriffene Höhepunkt der farbigen Schmelzmalerei erreicht. Man verwandte Schwarz, Weiß, Gelb, Türkis, Azurblau, Burgundrot und vielleicht Malachitgrün. Es ist möglich, daß das uns vorliegende Grün aus Rot durch Oxidation entstanden ist. So können die jetzt grünen Mägen der Löwen, die grünen Hüfe und Locken der Stiere und Drogen, auch einzelne Ornamente, rot gewesen sein. Die Farben bleiben die gleichen bis in die moslemische Zeit. Sehr bemerkenswert ist die Auffindung der Brennöfen für die Ziegel. Sie können in jedem Brande nur etwa 20 Stück Ziegel gefaßt haben, sind also Kleinbetriebe. In ihnen wurden auch die Bekleidungen der etwa 50 Meter hohen Bände des Thronsaales Nebukadnezars gebrannt. Die Steine wurden zunächst aufgemauert, dann wurde das Ornament aufgezogen, die Steine erhielten Verlagsmarken und wurden dann erst gebrannt und überglast. Wo nebeneinander mehrere Farben auf einem Stein eingeschmolzen werden mußten, sind sie durch schwache Stege getrennt.

Die Ausführungen Dr. Andraes sind, wie die „Bauwelt“ betont, auch praktisch für uns von besonderer Bedeutung, da für heutige Bauaufgaben die klassizistische Formenwelt vielfach nicht mehr paßt und unsere Architektur daher um so mehr der Farbe bedarf. Dazu kommt, daß in der modernen Großstadt sehr viel sonst vortreffliche Baustoffe, natürliche Steine wie gebrannte Ziegel, durch Staub und Schmutz bald unerträglich werden. Der Fuß aber ist keineswegs ohne Mangel, wenn er auch vielfach, besonders in den neueren Sorten, praktisch und künstlerisch vortrefflich zu verwenden ist. Der glasierte Ziegel aber hat alle Eigenschaften, die man verlangen möchte.

Der Bankrott des freien Handels.

Ein Landbündler über die Zukernot.

In der Nachausgabe des „Tag“ müht sich der Presseleiter des Landbündlers, Dr. Kaufhold, ab, über die Zukernot etwas zu schreiben, was mit seinem landbündlerischen Programm vereinbar ist und gleichwohl den Klagen der städtischen Verbraucher entgegenkommt. Das ist sicher keine leichte Aufgabe. Denn der Zukernot hat die unangenehme Eigenschaft, daß er vor der deutschnationalen Besinnung nicht Halt macht und den monarchistisch gesonnenen städtischen Verbraucher genau so trifft wie den sozialistischen Arbeiter. So muß denn Dr. Kaufhold seine Ausführungen mit folgendem geständniswürdigen Satz beginnen:

Die gegenwärtigen Zustände auf dem Zukernot scheinen denjenigen Recht zu geben, die der Ansicht sind, daß in der gegenwärtigen Zeit ohne eine straffe Zwangswirtschaft mit entsprechender staatlicher Erfassung der Lebensmittel eine zweckentsprechende Ernährung der Bevölkerung nicht erreicht werden kann. Trotz einer für die menschliche Ernährung vollkommen ausreichenden inländischen Ernte ist überall Mangel an Zucker und eine ganz ungeheuerliche Verteuerung des Zuckers eingetreten.

Wer die Kaufhold'schen Ausführungen weiterliest, der kommt aber zu dem Ergebnis, daß die jetzigen Verhältnisse den Anhängern der Zwangswirtschaft nicht nur recht zu geben scheinen, sondern ihnen tatsächlich recht geben. Auch nach Kaufhold's Zahlenangaben hat der Zuckerbau wie die Zukererte im letzten Wirtschaftsjahr zugenommen, wozu noch ein erhöhter Zuckergehalt der Rüben infolge der heißen Bitterung kommt. Trotzdem der katastrophale Mangel und die Teuerung. Woran liegt das? Kaufhold nennt genau die Gründe, die auch von uns genannt worden sind: Hamsterei, Verschlebung ins Ausland und übermäßige Belieferung der Bonbons- und Süßwarenfabriken — alles Folgeerscheinungen des freien Handels!

Schwere Anlagen erhebt Kaufhold gegen die Preispolitik der Zukerwirtschaftsstelle, die bekanntlich das privatrechtliche Unternehmertum der Zukerfabriken darstellt. Ausdrücklich betont Kaufhold, es könne gar keine Rede davon sein, daß etwa die Aufsichtsräte — im ganzen etwa nur zwei Prozent aller Rohzuckerfabriken — an der Verteuerung des Zuckers schuld sind, und er stellt fest:

Jedenfalls ist die Heraushebung auf 1000 M. für den Zentner mit den im Herbst gezahlten Rübenpreisen keinesfalls zu vereinbaren, und die deutsche Landwirtschaft muß es ablehnen, an dieser Zukerverteuerung irgendwie beteiligt zu sein.

Aber welche Schlüsse zieht nun unser Landbündler aus seinen vernichtenden Feststellungen? Er gibt der Zukerwirtschaftsstelle den freundlichen Rat, in der Preisbemessung „Maß und Ziel“ zu halten. Ebenso gut kann Herr Kaufhold seiner Räte raten, das Maulen zu lassen. Das ist eben das Wesen privatrechtlicher Einrichtungen, daß Maß und Ziel ihrer Preispolitik nur durch die äußerste Grenze der Profitmöglichkeit gesetzt wird. Da Herr Kaufhold keinen anderen Ausweg weiß als diesen nutzlosen Rat an die Kapitalisten, so bestätigen seine Ausführungen das vollkommene Versagen der freien Wirtschaft.

Die Steuerflucht des Besitzes.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt einen Artikel, in dem sie sich mit einem Herrn v. B. Blüthgen, dem jahrelangen Direktor des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikates in Holland und Aufsichtsratsmitglied der Phönix A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, also einer der größten Montanunternehmungen, beschäftigt. Dieser Blüthgen, der in Holland sitzt und dem manches deutsche Geld durch die Finger gegangen sein dürfte, hat nämlich die Kühnheit besessen zu behaupten, daß die deutsche Industrie leistungsfähiger sei, wie sie glauben machen wollte, daß jedermann „seine Devise im Schränkchen“ habe und daß Deutschland immer reicher werde.

Shaw über das brutale Strafsystem. Bernard Shaw hat die Barren zu zwei Büchern geschrieben, die sich beide mit dem englischen Gefängniswesen befassen. Einige Stellen aus diesen Büchern mögen die ebenso eigenartige wie paradoxe Auffassung des Dichters und Sozialreformers erkennen lassen. „Das öffentliche Bewußtsein“, schreibt Shaw, „würde viel lebendiger sein, wenn die Gefängnisstrafe abgeschafft wäre und wenn wir zum Galgen, zum Scheitelpfahl und zur Auspeitschung zurückkehrten. Gegen diese Rücksicht spricht nicht, daß solche Bestrafungen etwa grausamer sind als Gefängnis; sie sind weniger grausam und weit weniger dauernd schädlich. Es wäre viel besser für den Gefangenen, wenn er in der Öffentlichkeit leiden würde; denn unter der Menge der Gaffer würde sich doch wohl leicht ein Victor Hugo oder Dickens befinden, die dann ihre beschwärende Stimme erheben könnten, um des Gewissens der Gaffer wahrurteilen. Der Gefangene hat keine solche Gelegenheit. Er beneidet die unglücklichen Tiere im Zoo, die täglich von Tausenden gelangweilter Besucher beschaupelt werden, von Leuten, die niemals daran denken, einen Tiger durch Einzelhaft in einen Quader zu verwandeln, und die sich sehr darüber aufregen würden, wenn das wildeste Raubtier das leiden müßte, was der zahmste Gefangene erduldet. Der Gefangene hat keinen solchen Schutz. Es ist sehr schwer, dem Normalbürger klarzumachen, daß der Verbrecher schwer bestraft wird. Richter, Beamte und Staatssekretäre geben sich demselben Bahn hin, und man wird ihnen die Wahrheit über die Grausamkeit der Gefängnisse nur deutlich machen können, wenn jeder Richter, Beamte und Staatssekretär Infognito sechs Monate Zuchthaus erhält, damit er wenigstens weiß, was er tut, wenn er andere dazu verurteilt. Es ist der größte Verstoß, anzunehmen, daß jeder, der bestohlen wird, zur Polizei läuft. Das tun im Gegenteil nur sehr dumme oder sehr zornige Menschen; meistens verliert man viel weniger, wenn man den Dieb laufen läßt, als wenn man ihn verfolgt. Ein Mann stiehlt mir 500 Pfund durch einen Trick. Man rief mich, mich an die Polizei zu wenden. Ich aber sagte: „Was hat das für einen Zweck? Man bestraft für diese Art von Verbrechen Leute grausam seit mehr als einem Jahrhundert, und doch ist das Ergebnis, daß man mir 500 Pfund sieht. Ich kann diese 500 Pfund durch nützliche Arbeit in derselben Zeit verdienen, die ich brauchen würde, um den Mann gerichtlich zu verfolgen, und das wäre schlechter und unmühsamer. So wünsche ich ihm denn viel Vergnügen bei seiner Beute und stelle ihm anheim, mich wieder zu beschwindeln, wenn er kann.“ So sehen wir, daß von den drei Hauptzwecken unseres Gefängniswesens, der Rache, Abschreckung und Besserung, nur der erste und abschließliche Zweck erreicht wird. Kein gewöhnlicher Verbrecher wird mir bestimmen, daß Bestrafung ein Verstum und eine Sünde ist, und wenn ich diese Lehre den Verurteilten eines Gefängnisses predigen sollte, würde ich ebenso für verrückt erklärt werden, wie wenn ich diese Anschauung in einem Gespräch mit einem Polizeioberinspektor äußern wollte.“

Prof. Max Schab, der Herausgeber der „Signale für die nationale Welt“, wird heute 60 Jahre alt. Er ist einer der meistgelesenen populären Schriftsteller. Seine Aufsätze und kleinen wagnerschen Werke sind in Tausenden von Exemplaren in der Welt verbreitet. Auch als ständiger Redner ist er ein Schicksal. Mit Redner- und Erhellungswerten erfolgreich durchgedrungen. Als scharfsinniger Kritiker ist er bekannt.

Auf das deutsche Volk als ganzes angewandt, sind diese Behauptungen natürlich irrig, wie jeder Vergleich der Löhne mit den Lebenshaltungskosten schlagend beweist. Wenn aber Blüthgen der Meinung ist, daß die Industrie den größten Teil der Gewinne nur versteckt, anstatt sie zu Reparationszwecken herzugeben, so wird er schon wissen, weshalb er das sagt. Er bestreitet damit nur die vielen offensichtlichen Widersprüche mancher Bilanzen und ferner die andere Tatsache, daß in Generalversammlungen von Aktiengesellschaften auf die Frage über die Höhe des tatsächlichen Reingewinnes oft genug aus „steuerlichen Gründen“ die Antwort verweigert wird. Diese Dinge weiß das Ausland auch ohne den Geldmann Blüthgen. Und wenn sie oft auch überschätzt werden im Vergleich zu der unsinnigen Höhe der Reparationsforderungen, so beweisen sie doch die vaterlandstose Gesinnung des Kapitals, das seinen Besitz der Steuer entzieht, damit die ohnehin bedrängten Massen noch mehr bluten können. Neues sagt also Blüthgen nicht. Aber er bestreitet als Fachmann die Schande, die der Gruffer-Prozess enthüllte, und er bestreitet noch manches von den Gerüchten, die im Zustande über die deutsche Kapitalflucht umlaufen.

Dafür ist er schon wert, von dem Agrarierorgan beschimpft zu werden, daß er „Fabeln und Unsinn ausstreu“, und weil er daraufhin „wahnwichtige Pläne“ zur steuerlichen Heranziehung der Industrie aufbaue. Wir kennen diese Pläne nicht. Trotzdem möchten wir darauf hinweisen, daß in Frankreich sich eine Strömung bemerkbar macht, die die Auffassung vertritt, man solle die unerschwinglichen Reparationen durch ein einmaliges großes Opfer des Besitzes ablösen. Das allein würde zur Pflicht machen, bei dem Urteil über die Leistungsfähigkeit der Industrie und Landwirtschaft etwas vorsichtiger zu sein und nicht Falsche zu beschimpfen, die anderer Meinung sind als rückwärtslose Großverdiener und Kapitalverschleber.

Die aufgelöste Strafkammer.

Der Landgerichtspräsident von Breslau übersendet uns folgende Zuschrift:

Unter Bezugnahme auf den in Ihrer Zeitung am 6. Mai 1922 gebrachten Artikel „Die Breslauer Strafkammer aufgelöst“, gestatte ich mir, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die III. Strafkammer, welche das freisprechende Urteil gegen den Hauptschriftleiter der „Schlesischen Tagespost“, Paul Goitsch, gefällt hat, ist nicht aufgelöst worden. Dagegen ist mit Wirkung vom 1. Mai 1922 eine umfassende Umgestaltung des bisherigen Geschäftsverteilungsplanes eingetreten. Diese Umgestaltung war schon vor längerer Zeit vorgesehen und durch einen Wechsel in der Zahl und Person der Richter des Landgerichts veranlaßt. Sie bezog sich sowohl auf den Umfang der Geschäfte wie die Besetzung der Kammern und betraf außer der III. Strafkammer auch die meisten anderen Strafkammern und eine Reihe von Zivilkammern.

Diese Umgestaltung ist nicht von dem dafür gar nicht zuständigen Landgerichtspräsidenten, sondern in völlig gesetzmäßiger Weise durch die nach dem Gerichtsverfassungsgesetz dafür zuständigen Organe — nämlich das aus dem Präsidenten, den Direktoren und dem ältesten Richter sich zusammensetzende Kollegium, dem Präsidium und, soweit es sich um den Vorsitz in den Kammern handelt, durch das aus dem Präsidenten und den sämtlichen Landgerichtsdirektoren bestehende richterliche Kollegium — getroffen worden.

Wir müssen nach dieser Darstellung das Lob wieder zurücknehmen, das wir — ein seltener Fall — der preussischen Justizverwaltung des Herrn Am Jahnhoff spenden zu können glaubten. Im Hauptauschuß des Preussischen Landtages hat der Vertreter des Justizministeriums seine Mißbilligung über die verschiedenen Urteile in den Severing-Prozessen ausgesprochen, namentlich auch über das Urteil der III. Breslauer Strafkammer in Sachen Goitsch, die einen gehässigen deutschnationalen Angriff gegen Severing als ein „in politischen Kreisen feststehendes Urteil“ über Severing bezeichnet hat. Eine solche Erklärung ist aber zwecklos, wenn keinerlei sachliche Konsequenz aus ihr gezogen wird. Und das ist das bedauerliche an der preussischen Justizverwaltung: sie beklagt die vorkommenden Fehlsprüche, tut aber nichts, um eine positive Besserung herbeizuführen.

Die Stinnesierung der Reichsbahn.

Sitzung des Eisenbahn-Organisationsausschusses.

Im Reichsverkehrsministerium trat am gestrigen Dienstag nachmittag unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Kumbier der Eisenbahnorganisationsausschuß zusammen, um zu der Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie Stellung zu nehmen.

Als erster Berichterstatter wandte sich Ministerialrat Ledeburg gegen die in der Denkschrift geäußerte Kritik an der Organisation und der Leistung der Reichsbahnen. Der mit Recht beanstandete Rückgang der Lokomotivleistungen könne der Verwaltung nicht zum Vorwurf gemacht werden, da die Ursache, daß die Kupferleistung nicht in dem richtigen Verhältnis zu den Achskilometern stehe, andere als verwaltungstechnische Ursachen habe. Der um 8 bis 10 Prozent höhere Kohlenverbrauch sei einmal auf die schweren Lokomotiven, dann aber vor allem auf die schlechtere Qualität des Heizmaterials zurückzuführen. Auch die in der Denkschrift enthaltene Behauptung, daß die Leistung des Personals sich nicht genügend gesteigert habe, sei hinlänglich, da

im allgemeinen die Leistungen heraufgegangen seien. Gegenüber dem letzten Friedensjahre sei in Preußen-Hessen im Dezember 1921 eine Arbeitsleistung von 61,8 Proz. festgestellt worden. Man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Denkschrift ausschließlich viel ungünstige Zahlen ohne genaue Nachprüfung der wahren Sachlage zusammengestellt habe. Die Denkschrift stelle fest, daß die Eisenbahn ein überflüssiges Personal in Stärke von rund 300 000 Köpfen habe. Nach seinen, des Redners, Berechnungen betrage die Zahl der überflüssigen Arbeitskräfte nur rund 70 000 Personen. Der Vorwurf, daß die Eisenbahn abgewirtschaftet sei, könne nicht gelten, vielmehr habe die Bahn seit der Bereinigung bewiesen, daß sie genügend innere Kraft besitze, um sich selbst zu erhalten. Es sei nicht gerechtfertigt, der Eisenbahn den Vorwurf zu machen, daß sie im Güterverkehr hemmend wirke. Auf jede Uchte komme heute gegenüber den Vorkriegsjahren ein längerer Schienenweg und eine größere Belastung. Wohl sei es richtig, daß die bisherige Tarifpolitik der Eisenbahn sich nicht der Geldentwertung angepaßt habe, aber gerade die Kreise, die heute nach der Anpassung der Tarife rufen, seien

die lauffesten Käufer im Streit gewesen, als die Eisenbahnverwaltung die Heraushebung der Frachtpreise verlangte. Ministerialrat Ledeburg schloß seine Ausführungen mit der Erklärung, daß die Denkschrift des Reichsverbandes an der Oberfläche bleibe und von Voreingenommenheit diktiert sei.

Der zweite Referent, Landtagsabgeordneter Riedel, wandte sich gegen den zweiten Teil der Denkschrift, die die Umwandlung des Betriebes betrifft. Allein die Tatsache, daß im Frieden die Eisenbahn gute Gewinne abgeworfen habe, beweise, daß der Staatsbetrieb durchaus nicht so faul sei, wie man ihn heute hinzustellen erfuche. Auch die Umwandlung des Staatsbetriebes in eine Privatgesellschaft werde der Betrieb, der 1 Milliarde Subventionen umfasse, nicht

so entpolitizieren, wie der Reichsverband es sich vorstelle. Im übrigen würde das Projekt des Reichsverbandes wieder den Landparlamentarismus

in die Reichseisenbahn hineintragen.

Gewerkschaftssekretär Koth hält es durchaus für möglich, daß in einer privaten Eisenbahngesellschaft alle Faktoren reibungslos miteinander arbeiten können.

Dr. Werker erhebt gegen Stinnes den Vorwurf, daß dieser bei seinen Verhandlungen in London die deutschen Eisenbahnen habe verpfänden wollen. Ministerialrat Dr. Koser verteidigte die Lohnpolitik der Verwaltung. Ein Bahnarbeiter habe heute des Abjaches seines Friedenseinkommens, ein Handwerker etwa das 20fache. Die Verwaltung sei bestrebt, die qualifizierten Arbeiter entsprechend ihren Leistungen zu bezahlen, stoße dabei aber auf den Widerstand der Gewerkschaften, die immer angänglich bemüht seien, keine Spanne zwischen den verschiedenen Löhnen einzusetzen zu lassen.

Dem Reichsverkehrsminister wird der bisherige Verlauf der Aussprache in einer Vorlage unterbreitet werden.

Reaktionäres von der Reichspost

Im Reichstag antwortete gestern die Regierung auf eine Anfrage der Kommunisten wegen Verschiebung von 60 000 Tonnen Zeitungsdruckpapier auf einem Blockdampfer, der Dampfer „Rindin“, der in Frage komme, habe lediglich 325 Tonnen Papier aus Schweden an Bord.

In der fortgesetzten Beratung des Reichsposthaushalts begrüßt

Abg. Leicht (Bav. Sp.) die Ermäugungen der Postverwaltung über eine Dezentralisierung der Verwaltung und empfiehlt völlige Sonntagsruhe im Postbetrieb, wie bisher in Bayern. Das große Postdefizit ist zurückzuführen auch auf die hohe Zahl des Personals. Die Gehührenerhöhung bringt einen Rückgang des Betriebes.

Minister Giesberts bemerkt, daß sich namentlich auf dem Lande eine starke Strömung gegen die Aufhebung des Sonntagsdienstes bemerkbar mache, da der Bauer am Sonntag seine Zeitung lesen wolle, wozu er in der Woche keine Zeit hat.

Staatssekretär Tende stellt fest, daß die Verwaltung sich nach Möglichkeit bemüht, höhere Beamte durch mittlere und untere zu ersetzen. Die Beschwerden über die Beamten, die vom unteren zum mittleren Dienst versetzt werden, würden nach Herbeiwandlung einer gewissen Uebergangszeit überflüssig werden.

Abg. Seppel (Soz.):

Der Betrieb muß hauptsächlich und die Verwaltungsarbeiten Nebenache werden. Im Gegensatz dazu haben sich die Verwaltungsbehörden übermäßig in den Vordergrund geschoben. Den früheren Posthilfsbeamten, jetzigen Sekretären und den geprüften Postfachmannen bzw. Oberpostfachmannen muß unter allen Umständen geholfen werden. Es ist unverständlich, daß man in der Postverwaltung auf der einen Seite 12 000 Beamte zuviel hat, während man auf der anderen Seite 13 000 weibliche Beamte neu anstellt. Hinter einem Mann, der tatsächlich arbeitet, stehen in der Regel vier bis fünf Aufsichtsbearbeiter, die unbedingt zur produktiven Arbeit herangezogen werden müssen. Der Minister hat gesagt, bei der heutigen Wohnungsnot sei es schwer, überzählige Beamte nach anderen Ämtern zu versetzen. Wenn es sich um politische Maßregelungen handelt, wird merkwürdigerweise diese Rücksicht nicht genommen. Ohne Strupeln versetzt man nicht überzählige Beamte und trennt sie jahrelang von ihrer Familie. — Der Redner bespricht technische Einzelheiten über Verwendung und teilweise Umschichtung des Personals, sowie kleinliche Schikanen einiger Oberpostdirektoren bei der Prüfung von Militäranwärtern und die Entlassungen der Stellenanwärter. Er fordert Wegfall der zweiten Prüfung für die Zivilanwärter und Uebergangsbestimmungen für die Personalreform für die männlichen und weiblichen Beamten der Gruppen II bis V. Die weiblichen Beamten, die jetzt in den Postfachämtern sitzen, müssen wieder in die Fernsprechämter kommen. Der Posthalterbetrieb hat an Schnelligkeit nachgelassen, weil durch das viele Papiergeld viel Zeit verloren geht. Für die Militäranwärterprüfung verlangen wir Fortfall der schriftlichen Arbeit. Die Militäranwärter müssen in die Befoldungsgruppe VI übergeführt werden. Beamte, die vier Wochen aus dem Dienst waren, wäre diese Zeit auf ihre Dienstzeit anzurechnen. Die Dienstleistungsstärke ist vollständig überflüssig. Die Beförderung einiger Mittelbeamter zu Postärzten ist anzuerkennen; leider hat der Minister gegen die Proteste oberer Postbeamten nicht kräftige Worte gefunden. Tagtäglich gehen Meldungen von

Drangulierungen und Schikanierung

aus allen Teilen Deutschlands zu. Die Sittlichkeitschmüßelei muß endlich ausgetrotet werden. Wenn es z. B. Beamte gibt, die ihre Vorgeschichten veranlassen, Verfügungen über Kleidungsstücke und Busenausschnitte zu erlassen, so kennzeichnet das den Geist dieser Postverwaltung. Besonders in den Oberpostdirektionen ist die Antikamerei zu Hause. Ein Jude ist trotz bester Zeugnisse nicht zum Posttrat befördert worden, weil er Jude ist. Wann wird der Reichspostminister gegen Beamte endlich einschreiten, die es wagen, offenkundig die Republik, die Reichsregierung und den Reichspräsidenten in der unzulässigen Weise zu beleidigen? Wir wünschen, daß mehr als bisher kriegsbeschädigten Postbeamten dieselben Dienstleistungen gewährt werden, wie solchen Eisenbahnbeamten und daß die obersteinstehenden Postbeamten, die ihre alte Stellung aufgeben mußten, gut untergebracht werden.

Staatssekretär Tende: Die Klagen über Benachteiligung von Beamten aus politischen Gründen sind meist ungerechtfertigt. Wir halten es für unsere selbstverständliche Pflicht, das Personal völlig unparteiisch zu behandeln. Gegen Zuwiderhandlungen werden wir rücksichtslos einschreiten.

Staatssekretär Dredow: Die

Drachfischbälle bei der Telegraphie haben riesigen Umfang angenommen. Deshalb mußte eine besondere Linienorganisation eingerichtet werden. Das deutsche Fernsprechnetz kann einem Vergleich mit dem Auslande wohl standhalten. Nur Amerika übertrifft uns durch die riesige Ausnutzung seiner Technik. Von einer fiesgehenden Verstärkung über die Gesprächszählung ist mir nichts bekannt. Beschwerden über falsche Zählungen sind nur in Einzelfällen vorgekommen. Die Beschwerden über zu langsame Telegrammbestellung erklären sich häufig aus falscher Angabe der Adressen. (Wir wissen anders! Red. d. Borm.)

Angenommen wird ein Antrag auf Umwandlung einzelner Stellen der Gruppe VI in Gruppe VII. Die sozialistische Entschlieung auf Wiedereinstellung der wegen unehelicher Mutter-schaftsklassen in Beamten wird dem Reichsausschuß überwiesen. Eine weitere unabhängige Entschlieung, Bilder und Büsten des früheren Kaisers aus den Diensträumen zu entfernen und auf allen Berühren das Wort „kaiserlich“ zu streichen, wird mit den Stimmen der Linken und einiger Demokraten angenommen.

Bei der Reichsdruckerei teilt Minister Giesberts mit, daß der Betrieb erweitert worden ist, weil vermehrte Aufträge der Reichsbehörden erfolgt seien. Zur Haushalt des

Reichsarbeitsministeriums fordert der Hauptauschuß u. a. einen Geschenkmur, der die Leistungen der Reichswochenhilfe und Wochenfürsorge in Einklang mit der Teuerung bringt, sowie eine Denkschrift über die Hilfsmassnahmen zugunsten der Kleinrentner.

Abg. Hoch (Soz.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Die Beratung wird abgebrochen. — Vizepräsident Dr. Bell stellt das Ableben des Abg. Taud (Bav. Sp.) mit und widmet dem Verstorbenen einen warmen Nachruf.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr: Etat des Arbeitsministeriums.

Gewerkschaftsbewegung

Verschärfung des Kampfes um den Achtstundentag.

Die Aussperrung in der Frankfurter Metallindustrie soll heute beginnen. 6000 Metallarbeiter werden lediglich deshalb ausgesperrt, um auf diese Weise die Uebereinstimmung der Frankfurter Metallgewerkschaften mit dem Vorgehen der süddeutschen Metallindustrie zum Ausdruck zu bringen. Wird in solch spießloser Weise mit Arbeiter- und Familiennegativen Schindluder getrieben, dann muß die Gesamtheit der deutschen Arbeitnehmerschaft auch ihre Uebereinstimmung mit den Verfechtern des Achtstundentages in Süddeutschland in gehöriger Weise zum Ausdruck bringen. Mit lumpigen fünf und drei Mark ist's da nicht mehr getan. Zunächst aber müssen diese sofort gezahlt und dann etwas tiefer in die Grietafelle gegriffen werden. Nur der Hunger könnte die süddeutschen Metallarbeiter niedergebrennen. Dann wäre es unsere Schuld, wenn es soweit käme. Welcher organisierte Arbeiter und Angestellte, welche Arbeiterin wollte sich diesem Selbstmord auslegen? Noch ist es Zeit, zur Erhaltung des Achtstundentages in Süddeutschland und damit in unserer gesamten Republik durch verhältnismäßig geringe Opfer beizutragen. An uns in Norddeutschland darf es nicht fehlen, auf uns kommt es an!

Transportarbeiter und Genossenschaften.

Eine Reichskonferenz der in Genossenschaftsbetrieben beschäftigten Mitglieder des Transportarbeiterverbandes wurde am 10. und 11. Mai unter Beteiligung von 68 Delegierten abgehalten. Ueber die Aufgaben der Betriebsräte in den Genossenschaften referierte Riedel. Er wandte sich gegen das Gutachten des bayerischen Sozialministeriums, wonach Genossenschaften keine Unternehmungen mit wirtschaftlichen Zwecken seien und deshalb nicht unter das Betriebsrätegesetz fielen. Während sich dieses Gutachten auf Produktivgenossenschaften beschränkte, reklamierte die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ diese Ausnahmestellung auch für die Konsumgenossenschaften. Redner erblüht hier eine Schädigung des Rätegebens. In der Debatte klagten fast alle Redner über Behinderung der Betriebsräte durch die Genossenschaftsleitungen. Im Schlußwort drückte der Referent seine Genugtuung darüber aus, daß alle Redner bewiesen hätten, daß sie den tieferen Sinn des Gesetzes begriffen hätten und nicht nur die Rechte für die Arbeiter in Anspruch nehmen, sondern auch die Pflichten, die das Gesetz ihnen auferlegt, erfüllen wollten. Auf dieser Basis müßten Genossenschaften und Betriebsräte sich treffen und gemeinsam mit den Gewerkschaften zum Besten der gesamten Bewegung aus den Genossenschaften wirkliche Musterbetriebe machen.

Ueber die Entwicklung der

Frage des Reichsmanteltarifs

referierte Himpel, Mitglied des Reichstages. Er konstatierte, daß die Belegschaft mancher Genossenschaft früher Gegnerin des Reichsmanteltarifs gewesen sei. Besonders die Berliner Kollegen seien ihre eigenen Wege gegangen, die zu einer starken Entfremdung führten, weil von Berlin aus die Strömung ging, die Gewerkschaftsaufgaben durch die Betriebsräte zu erledigen. Heute habe sich das Verhältnis bedeutend gebessert. Die Genossenschaften hätten in der Frage des Reichsmanteltarifs noch weit mehr hin- und hergeschwankt. In der Diskussion entschuldigten die Vertreter verschiedener Belegschaften ihre Abneigung mit dem Hinweis auf ihre besseren Verhältnisse. Der Leipziger Vertreter betonte, daß sie zwar auch mit den Berliner Betriebsräten gemeinsam gearbeitet hätten, doch seien sie im Gegensatz zu Berlin nicht soweit gegangen, die Organisation auszuschalten. Ein Berliner Delegierter betonte, daß sie auch heute noch bessere Arbeitsbedingungen hätten, als der Entwurf des Reichsmanteltarifs vorsehe. Da jedoch vorgeesehen ist, daß bessere Verhältnisse bestehen bleiben müßten, erklärten sich die Berliner auf die Frage des gewerkschaftlichen Vorstehenden des Reichstages, Genossen Dreher, ob sie bereit seien, den Reichsmanteltarif anzuerkennen, im Interesse der Belegschaft kleinerer Genossenschaften mit dem Reichsmanteltarif einverstanden. Mit 23 gegen 21 Stimmen bei 24 Stimmenthaltungen beschloß die Konferenz, einen Vertreter aus dem Beruf in das Reichstagsamt zu wählen. Mit 35 gegen 20 Stimmen wurde dann Raschke-Berlin für diesen Posten erloren, während sein Gegenkandidat, Knappe-Hamburg, als Stellvertreter gilt.

Nachdem noch Himpel und Dreher die wilden Streiks in den Genossenschaftsbetrieben in Wiesbaden und Düsseldorf scharf mißbilligt hatten und darauf verwiesen, welchen Schaden durch derartige Bewegungen die Gesamtbewegung erleiden könnte, schloß Dreher mit einem kurzen Rückblick auf den durchaus sachlichen und würdigen Verlauf der Verhandlungen mit einigen Dankesworten die Konferenz.

Die Bewegung in der Zementindustrie.

Hierzu wird uns geschrieben: In Rheinland, Westfalen und in Süddeutschland ist mit Ausnahme von Hessen und dem Zementwerk in Heidelberg, eine Einigung erfolgt. In den Industriegruppen Holstein, Unterelbe, Hannover, Brandenburg, Pommern und Oberschlesien steht die Arbeiterschaft nunmehr in der vierten Woche im Kampf. Die Unternehmer weigern sich noch immer, mit den Organisationen in Verhandlungen zu treten, obwohl nicht die geringste Ursache dazu vorliegt. Denn alle Löhne und Lohnwerte zahlen sie nicht aus ihrer Tasche, sondern sie werden von der Regierung in jeder erforderlichen Höhe durch den Zementpreis bewilligt. Die Unternehmer tragen also nicht das geringste Risiko. Sie zahlen die Löhne aus, stellen sie in Rechnung, die Regierung bewilligt den erforderlichen Zementpreis und die Zementverbraucher bezahlen ihn. Die Hartnäckigkeit der Unternehmer kann also nur auf prinzipieller Nachlässigkeit beruhen. Der Arbeiter soll nur soviel Brot und Recht haben, daß er sich immer seiner Abhängigkeit bewußt ist; deshalb wollen die Unternehmer auch nur betriebsweise verhandeln, damit sie die Arbeiterschaft immer in der Zucht halten.

Unverständlich ist aber das passive Verhalten der Re-

gierung. Der Volkswirtschaft werden diese Wunden geschlagen, die Zementnot wächst ins unerträgliche, wichtige Bauten aller Art kommen zum Stillstand, die Zementwareindustrie kommt zum Erliegen, alles schreit nach Zement und die Regierung rührt und regt sich nicht. Dadurch werden die Unternehmer in ihrem Widerstand bestärkt, der Kampf verlängert und die Zementnot vergrößert. Die Bundesratsverordnung von 1916 gibt der Regierung die Handhabe, um einzugreifen, aber sie benützt sie nicht. Obwohl die Zementnot eine volkswirtschaftliche Frage erster Ordnung ist, fügt sich die Regierung den Launen der Unternehmer und überläßt die Lösung des Konfliktes den Kräften der streitenden Parteien. Will die Regierung nicht das Odium eines Sachwalters der Profitinteressen auf sich nehmen, dann hat sie die Pflicht einzugreifen, denn es stehen nicht nur Arbeiterinteressen, sondern in der Hauptsache gewichtige volkswirtschaftliche Interessen auf dem Spiele.

Reichsammlung „Brüder in Not“ für die hungernden Rußlandrussischen und für deutsche Auslandsflüchtlinge

Dankkonto: Preussische Staatsbank, Berlin W 56
Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 656 09

Bundesstag der Techniker.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten, die freigewerkschaftliche Einheitsorganisation aller Techniker, hält am 22., 23. und 24. Mai d. J. seinen dritten ordentlichen Bundesstag in Berlin ab. Auf der Tagesordnung steht außer den Wahlen und der Beratung der Anträge aus den Ortsverbänden der Geschäftsbericht über das Jahr 1921, Fragen der Bundesverfassung und ein Referat von Dr. Pirzmann über das Thema „Die Techniker im neuen Arbeitsrecht“.

Der Bund ist als eine der rührigsten Angestelltenorganisationen bekannt, der insbesondere überall, wo Technikerfragen zur Verhandlung kommen, die Führung in der Hand hat. Das zeigt auch der vorliegende 78 Seiten starke Jahresbericht über das Geschäftsjahr 1921. Der Bund war im Vorjahre am Abschluß von 142 neuen Tarifverträgen und 350 tariflichen Gehaltsneuregelungen beteiligt. Bei der Neuregelung der Befoldung der technischen Angestellten und Beamten der Behörden stellte der Bund die führenden Unterhändler. Eine umfassende Tätigkeit wurde des weiteren insbesondere auf sozialpolitischem Gebiet wie im technischen Schul- und Bildungswesen entfaltet.

Für die gewerkschaftliche Aufklärung der Technikerschaft hat der Bund durch sein Organ, die „Deutsche Techniker-Zeitung“, die heute in sieben verschiedenen Jahrgängen erscheint, sowie durch ein umfassendes Schriftmaterial gewirkt. Den größten Wert hat aber der Bund stets auf den Ausbau seiner Unterstützungseinrichtungen gelegt. Er zählt heute die bei weitem höchsten Stellenlosen-, Solidaritäts- und Hinterbliebenen-Unterstützungen. Es wurden für Unterstützungszwecke im Jahre 1921 1 032 665,42 M. ausgegeben. Insgesamt hat der Bund seit seiner Gründung 4 007 545,96 M. an Unterstützungszwecken gezahlt. Ende des Jahres hatte der Bund über 95 000 Mitglieder, er ist damit die bei weitem größte und leistungsfähigste Organisation der Techniker.

Buchdrucker und Schriftsetzer!

Die Arbeitsgemeinschaft der Kommunisten und Unabhängigen innerhalb unserer Organisation beweist, daß der Berrat an der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale von den Unabhängigen endgültig ausgeführt ist!

Darum: Wählt solche Kollegen als Delegierte zur Verbandsgeneralsammlung, die treu zur Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehen. Als solche empfehlen wir:

1. Ackermann, Bruno; 2. Albrecht, Rudolf; 3. Ebel, Max; 6. Fränkel, Albert; 10. Goether, Alfred; 11. Gröning, Adolf; 13. Hermann, Reinhold; 15. Huf, Gustav; 17. Klein, Wilhelm; 19. Kurz, Georg; 20. Langrod, Hugo; 23. Benz, Richard; 24. Lütge, Robert; 25. Luge, Richard; 27. Marrau, Ernst; 28. Rossini, Albert; 31. Paehold, Arthur; 32. Peisch, Martin; 33. Peisch, Adalbert; 36. Raab, Hermann; 37. Reich, Adolf; 41. Schiefer, Paul; 42. Schließer, Hermann; 44. Schmidt, F. J. Emil; 46. Schneider, Ernst; 48. Schönefelder, Paul; 50. Schulze, Alfred; 52. Stern, Richard; 53. Strophauf, Edmund; 54. Stübinger, Georg; 58. Bogt, Theodor; 60. Wille, Karl.

Vertrauensleute und Betriebsräte! Klärt unsere Kollegen auf über die Bedeutung der Delegiertenwahl!

Der Aktionsauschuss der auf dem Boden der praktischen Gewerkschaftsarbeit stehenden Buchdrucker und Schriftsetzer.

J. A. R. Hermann.

Forderungen städtischer Elektrizitätsarbeiter.

Eine Betriebsversammlung der Belegschaft der Centrale Ober-Preussener städtischen Elektrizitätswerke am 15. Mai faßte eine Entschlieung, wonach sie sich durch die immer noch zunehmende Steigerung der Lebenshaltung und der dadurch wachsenden Not der städtischen Arbeiterschaft veranlaßt sieht, vom Magistrat eine einmalige Entschuldungssumme in Höhe von 1000 M. für den Monat Mai zu fordern. Sollte wider Erwarten der Magistrat unsere Wünsche nicht berücksichtigen, so sehen wir uns gezwungen, erneut und in verschärfter Weise die Öffentlichkeit anzurufen.

Der Bäckergesellenstreik in Halle a. d. S. wurde gestern verheerend durch die W.B. aus Leipzig gemeldet. Der Streik ist inzwischen beendet, da der Magistrat der Brotpreiserhöhung zustimmte.

Ueber Einigungsverhandlungen in der bayerischen Metallindustrie berichtet die ZL aus München, daß die seit mehreren Tagen im Sozialministerium geführten Verhandlungen zur Verlegung des Metallarbeiterstreiks noch nicht abgeschlossen werden konnten. In der Hauptsache war der Manteltarif Gegenstand der Beratung. Hier scheint es zu einer Einigung zu kommen.

14. Verbandstag der Buchbinder.

Cassel, 15. Mai.

Der Verbandstag wurde im „Haderbräu“ eröffnet. Anwesend sind 140 Delegierte, die über 92000 Mitglieder vertreten. Außerdem wohnen der Tagung zahlreiche Gäste bei. Die Stadtverwaltung Cassel ist durch Stadtrat Weber vertreten. Den VDBB vertritt Peter Graumann-Berlin, den Ortsauschuss Cassel des VDBB Braunersreuther und Schröder-Cassel. Von befreundeten Organisationen sind ebenfalls eine Anzahl Gäste delegiert: Seif von den Buchdruckern, Hoff von den Lithographen, Jornte von den graphischen Hilfsarbeitern und Prischom vom Graphischen Bund. Die Bruderorganisation der Tscheko-Slowakei hat ebenfalls zwei Gäste delegiert. Die übrigen ausländischen Bruderorganisationen haben brieflich ihre Glückwünsche überandt. Zu Vorstehenden wurden bestimmt: Brückner-Berlin und Kornacker-Hannover, zu Schriftführern: Emille Wöllner-Berlin, Poltehn-Berlin und Zierold-Annaberg.

Verbandsvorsitzender Hauelsen gab mündliche Erläuterungen zu dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht. Er hob besonders hervor, daß die Berichtszeit eine

ununterbrochene Kette von Lohnbewegungen

war, deren Ergebnisse entsprechend den Verhältnissen einigermaßen befriedigend seien. Der Verbandstag müsse Vorkehrungen treffen, um die kommende Krise zu überwinden. Der Vorstand betreibe keine Illusions-, sondern praktische Politik. Die Gewerkschaften müßten mehr denn je Politik treiben, dazu sei es aber auch notwendig, geschulte Kräfte zu stellen. Auf die politischen Streitigkeiten innerhalb des Verbandes übergehend meinte Hauelsen, daß diese der Organisation sehr viel zu schaffen gemacht haben, daß aber neuerdings eine Besserung zu konstatieren sei. Die Frage des Zusammenschlusses zu dem „Graphischen Industrieverband“ werde durch die diesjährigen Tagungen der einzelnen graphischen Organisationen nennenswerte Fortschritte machen. Den Rassenbericht gab Lender-Berlin.

Redakteur Michaelis erstattete den Pressebericht. Er sei stets bestrebt gewesen, die Grundzüge der Einheit der Gewerkschaften hochzuhalten. Die Erörterung beruflicher und gewerkschaftlicher Fragen müsse in den Vordergrund geschoben werden. Dringender notwendig sei, daß die „Buchbinderzeitung“ in der Folge wieder achtstündig erscheine, dann würden auch viele Beschwerden weggallen.

In der darauf einsehenden

Aussprache über den Geschäftsbericht

erklärte Gabel-Berlin für die Fraktion der SPD, er und seine Freunde seien der Auffassung, daß der Verbandsvorsitz die Zeit nicht verstanden hätte. Die maßgebenden Kreise müßten heute erkennen: entweder mit dem Proletariat oder gegen das Proletariat. Gabel kritisiert vor allem die Haltung der Verbandszeitung und des Verbandsauschusses, der sich zum Handlanger des Verbandsvorstandes gemacht habe. Die einstündige kommunistische Agitationsrede klang darin aus, der Buchbinderverbandstag müsse die Fanfare sein, die ankündige, was die deutsche Arbeiterschaft in der kommenden Krise zu tun habe.

Müller-Leipzig führte als Fraktionsredner der USR aus, daß die Opposition sich aus den Verhältnissen der Kriegspolitik herausgebildet habe. Er kritisiert vor allem die Arbeitgebergemeinschaften. Die vielen Forderungen des Gewerkschaftsbundes ständen nur immer auf dem Papier, für ihre Verwirklichung werde nichts geschehen. Das Verbandsorgan sei trocken wie eine Sandwüste und würde seiner hohen Aufgabe, der Erziehung und Aufklärung der Mitgliedschaft nicht gerecht. Im übrigen unterstreiche er die Ausführungen des kommunistischen Fraktionsredners. — Viktor Bruns-Breslau spricht

für die Fraktion der SPD.

die die Mehrheit des Verbandstages bildet. Er vermisse darauf, daß die vielen Hoffnungen und Wünsche leider an den gegenwärtigen Verhältnissen scheiterten, daß man aber bei objektiver Prüfung dafür nicht den Verbandsvorstand verantwortlich machen könne. Die Verleumdung der Arbeiterklasse habe doch ihre Ursache in dem verlorenen Krieg und dem Friedensbittat von Versailles. Der Verbandsvorstand habe in der Lohnpolitik alles getan, was getan werden konnte. Die Klagen über die Verbandszeitung seien auf den Raumangel zurückzuführen. Bei der Bemessung der Beiträge und dem Ausbau der Unterstützungseinrichtungen habe der Beirat seine Vollmacht leider nicht voll ausgenutzt, sonst hätten die Finanzverhältnisse des Verbandes weit bessere sein können. Bruns bedauert im Interesse der Rotwendigkeit der gewerkschaftlichen Einheitsfront, daß der Richtungsstreit innerhalb des Verbandes immer noch nicht abgeschlossen sei. Wenn die Kollegen der SPD einen Aktionsauschuss gebildet hätten, so seien sie nur dem Beispiel der anderen politischen Parteien gefolgt. Trotzdem dürfe der Verbandstag nicht zu einem kombinierten Parteitag werden. Im Interesse der Gesamtkollegenchaft müßte praktische gewerkschaftliche Arbeit auf der Casseler Tagung geleistet werden. Die Opposition habe aber kein Recht, sich damit zu brüsten, daß sie

den Arbeiterschädling Kloth

beseitigt habe. Gerade die heutige Opposition sei es gewesen, die den früheren „radikalen“ Kloth an die führende Stelle gebracht und im Sattel gehalten habe.

Besondere Delegierte bringen zumeist örtliche Beschwerden vor. Besonders wurde darauf hingewiesen, daß die Opposition keine positiven Vorschläge zur Besserung gemacht habe und daß mit der Kritik und Regierung der Kollegenchaft auch nicht gedient sei. Sehr energisch und temperamentvoll setzte sich Luise Arzmin-Berlin für die Gleichberechtigung der weiblichen Mitglieder ein. Besonders die Opposition führe da immer das große Wort, verlasse aber in der Praxis jedoch vollkommen. Die circa 63000 weiblichen Mitglieder gegenüber den 25000 männlichen Mitgliedern seien durch nur 12 weibliche Delegierte vertreten. Bezüglich der tariflichen Regelung der Heimarbeit habe der Vorstand alles getan, was in seiner Kräfte stand.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Klotz, Berlin-Ciesterfelde; für Anzeigen: E. Glode, Berlin. Verlag: Bornstedt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornstedt-Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2. 10.000 1. Beilage.



SUNLICHT SEIFE in den beliebten Packungen:

Doppelstück und Achteckstück
in den Läden wieder erhältlich

Wer SUNLICHT SEIFE kennt, greift immer wieder zur
SUNLICHT SEIFE.



Durch Groß-Berlin.

Das Kolonistenland im Norden. — Der 19. Bezirk Pankow.

VI.)*

Unmerklich fast fließen die Grenzen zwischen dem alten Berlin und Pankow, dem größten Ort des 19. Bezirks, zusammen.

Im Zentrum des Bezirks.

Pankow hat eine schnelle Entwicklung durchlaufen. In den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts noch ein richtiges Dorf, hatte es 1905 bereits fast 29 000 Einwohner, 10 Jahre später schon 58 000.

An der Nordbahn.

Während die Teile Pankows, die nach dem früheren Berlin zu liegen, ganz großstädtischen Charakter angenommen haben, haben die Teile, die an Niederschönhausen grenzen, ihre mehr dorfsähnliche Gestalt bewahrt.

An der Bernauer Bahn.

Ein anderer Zweig der ehemaligen Siemensbahn (Linie 116) führt nach Buchholz, einem langgestreckten Straßendorf, das früher

„Französisch-Buchholz“ hieß, weil hier eine Ansiedlung der französischen Refugiés lag. Zahlreiche Gärtnereien und von kleinen Leuten bearbeitetes Pachtland kennzeichnen den Ort, und wie ein Gruß der alten an die neue Zeit mutet die Windmühle an, in deren Hintergrunde einige neuzeitliche Mietkasernen sich wie große Steinkästen vom Himmel abheben.



Siedlungen, die an Umfang und Einwohnerzahl die ehemaligen Dörfer weit überflügelt haben. Das gilt auch für Blankenburg, Karow und Buch, dem östlichen Teile des Bezirks.

Die großen Parks.

Der allberühmte Schloßpark von Niederschönhausen zieht alljährlich Tausende von Besuchern an. Seine von der munteren Pante durchschnittenen Anlagen erscheinen etwas verwildert. Inmitten dieses Parks ist während des Krieges eine Laubenkolonie entstanden, die hart an die Strauchwiese, das bekannte Gartenlokal, grenzt, das ebenso wie der „Pantgraf“, das Heim der ufligen Ritter von der Pante, die alljährlich einen festen Platz „berennen“, das Ziel zahlreicher Ausflügler war.

Soziale Einrichtungen.

Der 19. Bezirk besitzt kein einziges öffentliches Bad. Das ehemalige Kreiskrankenhaus in der Galenusstraße in Pankow, unweit

des Schloßparks, ist mit 138 Betten ausgestattet, deren Zahl nach Inbetriebnahme einer neuen Baracke sich noch um 50 vermehren wird. Acht Ärzte versehen außer den Schwestern und sonstigen Personal hier ihren Dienst. Eine wahre Krankstadt ist Buch. Dort sind die Kinderheilstätte, die Heimstätte für Frauen, das Hospital und die Irrenanstalt untergebracht, die insgesamt mehr als 3000 Pfleglinge und über 200 Angestellte und Arbeiter beherbergen.

Nach dem 9. November hat eine früher hier unbekannt soziale Tätigkeit eingesetzt, die die Volkshilfe durch Veranstellung von Volkstumstribunen, Unterhaltung der Volkshöhle Norden, deren künstlerische Leistungen sich große Anerkennung erlangen haben, sowie durch Einrichtung einer Volkshochschule usw. zu fördern sucht, der aber durch den ewigen Geldmangel leider nur allzu enge Ziele gesteckt sind.

Junges Gemüse.

Ein Besuch in der Markthalle am Alexanderplatz zeigt, daß die Zufuhr in Gemüse zwar noch immer sehr schwach ist, daß man sich aber große Mühe gibt, wenigstens etwas heranzufchaffen. Seit Wochen leidet die Börsennotiz immer wieder: Zufuhr in Gemüse schwach, Geschäft still. So ist es denn gar nicht verwunderlich, wenn die Hausfrau, die zur Zentralmarkthalle geht, um Kohl zu kaufen, keinen erhält.

Steigende Butter- und Milchpreise.

In den letzten Tagen hat eine derart sprunghafte Steigerung der Preise für Milchprodukte eingesetzt, daß die zuständigen amtlichen Stellen ebenso wie ein Teil des Handels zu der Überzeugung gekommen sind, daß unbedingt Schritte getan werden müssen, um ein weiteres Hinausschnellen der Preise zu verhindern.

Der Ruf durchs Fenster.

Roman von Paul Frank.

„Um so besser. Es wird Ihnen am Ende nicht allzu schwer fallen, sich für ein paar Minuten zur Aufrichtigkeit zu bekennen. War das der erste Anfall, der Sie gestern Abend heimgesucht hat?“

Der Schauspielers Miene verfinsterte sich. „Ehrlich sein, lieber Reuß, ermahnte der Arzt. „Wir haben uns doch verpflichtet, voreinander nicht Verstecken zu spielen! Wir wollen, wie ich schon einmal sagte, das Uebel an der Wurzel fassen.“

„Wer sagt Ihnen denn, daß es ein Uebel, eine Krankheit ist?“ erwiderte misshütig der Schauspieler.

„Es könnte allmählich eine Krankheit werden... Darum...“

„An der ganzen Geschichte sind nur die Uebertreibungen meiner Frau schuld... Ein bißchen Schwindel — weiter nichts... Das kann am Ende jedem von uns passieren. Ihnen gerade so gut wie mir. Uebrigens hatte ich in der Garderobe, knapp nach Beendigung der gestrigen Vorstellung, ein ähnlich peinliches Gefühl der Benommenheit...“

„Am gleichen Abend?“

„Für mich Beweis genug, daß das Ganze nur auf die diesmal ungewöhnlich anstrengende Probenarbeit, auf das intensive Studium, das ich an die Rolle gewendet habe, zurückzuführen ist.“

„Sie werden trotzdem neben der Ihrigen auch meine Auffassung gelten lassen müssen...“

„Und die belagt...?“

„Nicht ganz dasselbe. Vorher haben Sie keinen weiteren Anfall erlitten...?“

„Nein.“

„Bestimmt nicht?“

„Wohlgelungenen Anfall, der indessen so glimpflich abgelaufen ist, daß ich seiner weder Ihnen noch meiner Frau gegenüber Erwähnung getan habe.“

„Was für ein Anfall ist das gewesen?“

„Eine niederstürzende Eisenstange hat mich mit ihrem Ende hier am Kopfe gestreift...“ Der Schauspieler neigte das Haupt und bezeichnete dem Arzt zugleich die getroffene

Stelle. Doktor Jordan schob die Brille auf die Stirn und betrachtete eingehend die Kopfhaut, nachdem er vorher behutsam die Haare auseinandergebogen hatte.

„Noch druckempfindlich?“ fragte er.

„Ein wenig...“

„Sehr interessant, auf jeden Fall...“ sagte er, schob die Brille herab und gab Albert Reuß frei, der sich in seinem Stuhl wieder zurechtsetzte. „Und was die Anfälle anlangt...“

„Sie bringen sie doch nicht damit in Zusammenhang...?“

„Wollen Sie mir die Art der Bekommenheit nicht näher, genauer schildern? Erinnern Sie sich vielleicht irgendeines besonders charakteristischen Symptoms?“

„Das einzige, dessen ich mich zu bestimmen weiß, ist das Ueberwiegen der roten Farbe. Ich sehe förmlich in einem Flammenmeer... und ganz plötzlich versinke ich darin... Aber das mag wohl ein Zufall und nur meine ganz subjektive Empfindung sein?“

„Das ist ein Irrtum, lieber Reuß. Was Sie mir da erzählen, ist sogar geradezu typisch...“

„Typisch — wofür?“

„Vorerst beantworten Sie mir noch einige Fragen, nicht wahr? haben Sie in letzter Zeit, in den Tagen, nachdem Sie die Kopferkrankung erlitten, an sich einen Zustand erhöhter Reizbarkeit feststellen können? Oder einen dumpfen Druck im Kopf?“

„Beides. Ich habe allerdings dafür die energisierende Arbeit im Theater verantwortlich gemacht.“

„Eine Auffassung, zu der Sie sich bereits einmal bekannt haben, die ich jedoch beim besten Willen nicht teilen kann!“

„Was wäre demnach Ihre Ansicht, lieber Doktor?“

„Daß Sie die Angelegenheit diesmal nicht auf die leichte Achsel nehmen und sie nicht unterschätzen dürfen.“

„Was soll das heißen?“

„Daß Ihr Zustand ernst, jedoch besserungsfähig ist, wenn Sie mich nicht im Stich lassen!“

„Da würde ich doch zugleich mich selbst im Stich lassen!“

„Wir müssen es vor allem verhindern, daß die Attacke wiederkehrt. Sollte dieser Fall dennoch eintreten...“

„Bestimmt nicht, Doktor... Ich habe heute, trotz der nicht gerade ideal verbrachten Nacht, ein viel zufriedeneres Gefühl...“

„Immerhin brauchen Sie Ruhe, lieber Reuß, und zwar sehr viel Ruhe sogar!“

„Sie haben leicht reden, verehrter Freund,“ sagte der

Schauspieler, indem er sich erhob. „Aber da die Konsultation doch eigentlich schon vorüber ist, haben Sie am Ende nichts dagegen, wenn ich mich nebenan im Badezimmer anleide. Wir können uns durch die offene Tür trefflich unterhalten, und ich will auf diesem Wege alle Ihre Vorschriften und Anordnungen entgegennehmen!“ Mit diesen Worten verließ er das Zimmer.

Im Baderaum wurde das Geräusch des in die Wassertonne niederplätschernden Wassers vernehmbar. „Sie verordnen mir Ruhe!“ rief der Schauspieler. „Wie stellen Sie sich das eigentlich vor? Soll ich heute Abend etwa ablagen? Nach dem gestrigen Riesenerfolg?“

„Es fällt mir nicht ein, ein derartig radikales Verlangen an Sie zu stellen.“

„Das ist lebenswürdig von Ihnen.“

„Sagen Sie Ihr Gastspiel in Riga ab.“

Im Badezimmer waren die Geräusche mit einemmal verstummt. Gleich darauf stand der Schauspieler in der Tür.

„Ausgeschlossen,“ sagte er.

„Sie versprochen doch, zu gehorchen.“

„Sie fordern Unmögliches, Doktor.“

„Und Sie muten sich Widernatürliches zu.“

„Keine Uebertreibungen! Die Reise wird mir gut tun.“

„Das muß ich, in Kenntnis Ihrer Verfassung, besser beurteilen können.“

„Ausspannen tut immer wohl!“

„Sie gehen neuen Strapazen entgegen! Ihr Vorhaben ist unverantwortlich!“

„Ich lehre verjüngt, gekräftigt heim. Ich werde andere Menschen, andere Gesichter sehen. Eine unbekannt Stadt... Denken Sie nur, Doktor, ich bin noch nie in Riga gewesen, ich kenne Rußland überhaupt nicht!“

„Ich auch nicht.“

„Aber jetzt fahre ich hin! In wenigen Tagen schon!“

„Reisen Sie nicht, Reuß! Hören Sie auf mich, der ich es gut mit Ihnen meine!“

„Fällt mir nicht ein! Nehmen Sie mir's nicht übel, Doktor! Aber wenn es nach Ihnen ginge, müßte ich mich in eine mit Watte ausgepolsterte Schachtel legen! Ich bin doch kein Wickelkind, Doktor Jordan!“

„Eben darum!“

„Wollen Sie etwa damit sagen, daß meine siebenundvierzig Jahre etwas zu bedeuten haben?“

(Fortsetzung folgt.)

Der letzte Akt der „Storkow“-Tragödie.

Der gestrige Nachmittag brachte das Verhör der Fahrgäste der „Storkow“. Kapitän Sempfler, als Passagier der „Storkow“, hat seine Reue über den Mord an dem Mannes wahrgenommen. Dieser Zeuge bezeugt, daß ein Mann der Besatzung auf die im Wasser kämpfenden Personen eingeschlagen habe. Auch die anderen Gäste beteuerten, daß sie keinen Mord gesehen haben. Man habe im Gegenteil bei dem Zusammenstoß noch die Köpfe von Gladow deutlich sehen können. Ein Zeuge Reichner beteuert, daß der Kapitän der „Storkow“ sich sehr rigoros gegen die kämpfenden Menschen benommen habe. Auch wird das Fehlen von Rettungsringen bemängelt. Zeile waren ebenfalls nicht vorhanden. Kriminalkommissar Herrmann, der die ersten Vernehmungen feinerzeit geleitet hatte, sagt aus, daß der Angeklagte und auch der Steuerermann Goldmann angekränkt waren. Die Ausführungen der Sachverständigen, die rein technischen Inhalts waren, nehmen einen breiten Umfang ein. Baumeister Landsberg gibt sein Gutachten dahin ab, daß der Angeklagte sich jedenfalls in der Gegend geirrt habe, so daß er ein Schiff von der Gladower Seite nicht mehr vermuten konnte. Der Staatsanwalt beantragte sodann wegen fahrlässiger Tötung infolge Überachtlung seiner im Verzug erforderlichen notwendigen Sorgfalt in Tateinheit mit fahrlässiger Versenkung eines Schiffes drei Jahre sechs Monate Gefängnis und die sofortige Verhaftung. Zur Begründung führte der Staatsanwalt aus: Im Interesse der Tausende, die nicht in der Lage seien, Sommerreisen zu machen, sondern ihre Erholung auf märklichen Gewässern suchen müssen, sei es unbedingt notwendig, für ihre Sicherheit durch eine exemplarische Sühne derartig grober Fahrlässigkeiten, wie sie dem Angeklagten zur Last gelegt sind, zu sorgen und ihn und alle verantwortlichen Personen mit der Strenge des Gesetzes auf ihre Pflicht zu verweisen.

Das Urteil lautete auf 2 Jahre Gefängnis. Strafausssetzung wurde in Anbetracht der Schwere der Tat abgelehnt. Das Schiff „Storkow“ ist jetzt wieder repariert und wird unter dem Namen „Köpenick“ fahren.

Die lockenden Geschmeide.

Maskeierte Einbrecher bei Frau Geheimrat Schwabach.

Der räuberische Überfall auf Frau Geheimrat Schwabach in der Villa in der Hildebrandstraße stand gestern zur Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Weigert an. Die auf schweren Raub lautende Anklage richtet sich gegen 5 Personen: den Kaufmann Heinz Riedler, den Kellner Oskar Hennig, dessen Bruder Kellner Aloisius Hennig, den Kaufmann Robert Burghardt und den Werkzeugmacher Wilhelm Büttner. Der Angeklagte Büttner ist nicht zur Stelle, er ist flüchtig gemorden. Die ersten drei Angeklagten sind als Haupttäter angesehen, der letzte Angeklagte ist wegen Helferei angeklagt.

Riedler war eine Zeitlang Diener im Hause Schwabach. Nach seiner Entlassung ist er von dem Gedanken beherrscht worden, einen Einbruch in der Villa Schwabach auszuführen. Er hatte schon am Silvesterabend 1920 sich in die Villa eingeschlichen und war bis in das Damenzimmer gekommen, als er plötzlich durch das Erscheinen der Dame gestört wurde. Es gelang ihm, sich unter dem Schreibtisch zu verstecken, wo er unbemerkt zwei Stunden lang ausharrte, bis Frau Geheimrat Schwabach sich entfernte. Er war dann froh, daß er ohne entdeckt zu werden wieder aus der Villa herauskommen konnte. Riedler gab aber den Plan zu dem Raubzug nicht auf, sondern gewann die beiden Brüder Hennig als Teilnehmer. Am 2. März 1921 spät abends wurde der Plan ausgeführt. Riedler und Oskar Hennig stiegen durch ein offenes Fenster ein, begaben sich in die Küche, eben dort erst ein Butterbrot, lehrten sich schwarze Masken auf und drangen sodann über die Hintertreppe in das Schlafgemach der Frau Schwabach ein, wo sie der zu Tode erschreckten Frau Festsell anlegten und einen Knebel in den Mund steckten. Dann nahmen sie der Gesellschaft den Tresorschlüssel ab, entnahmen dem Tresor alle außerordentlich kostbaren Geschmeide, Perlen und sonstige Kostbarkeiten, packten sie in eine Aktentasche und entkamen auf demselben Wege wie sie gekommen waren.

In der Beweisaufnahme bestritten die Angeklagten Alois Hennig und Burghardt jede Schuld und jede Betätigung, die als Helferei und Begünstigung aufgefaßt werden könne. Der Angeklagte Oskar Hennig hat, wie die Beweisaufnahme ergab, bei der Ausübung der Tat noch eine „größere“ Aufgabe an die hilflos daliegende Frau Geheimrat Schwabach gerichtet. Vor dem Weggehen der Verbrecher ist der Frau Schwabach noch der Knebel in den Mund etwas gelockert worden und Hennig sagte ihr, sie solle nur ruhig sein, denn in einer Stunde würde ja das Dienstpersonal sie wecken und so lange würde sie es wohl noch aushalten. Die Zeugin Frau Schwabach schildert die Vorgänge in der kritischen Nacht, sie hat sich nach Weggang der beiden Verbrecher nur mit Mühe ihre Festsell entledigen können. Weiteren Schaden an ihrer Gesundheit hat die Zeugin infolge dieses Überfalls nicht erlitten.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten Riedler wegen schweren Raubes und verbotenen Waffentragens zu 4 Jahren 3 Monaten Zuchthaus unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft und zu 5 Jahren Ehrverlust, den Oskar Hennig wegen schweren Raubes unter Zusammenziehung mit einer anderen Strafe zu 5 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 8 Jahren Ehrverlust unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft, den Alois Hennig zu einem Jahr Gefängnis, wovon vier Monate verbüßt angerechnet, den Angeklagten Burghardt zu 6 Monaten Gefängnis, die als verbüßt gelten.

Vom Spieler zum Raubmörder.

Ein Kriminalpsychologisches Rätsel.

Wegen Raubmordes und vorsätzlicher Brandstiftung hatte gestern das Schwurgericht des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Köppler gegen den 32jährigen Gemütskranke Josef Fahr aus Reutlingen zu verhandeln. Die von Staatsanwalt Dr. Gerechter vertretene Anklage wirft dem bisher unbescholtenen Angeklagten vor, am 22. September v. J. die Ehefrau des Kartoffelhändlers Grothe, Emma G., geb. Barth, ermordet und beraubt, und um die Spuren der Tat zu verwischen, die Wohnung vorsätzlich in Brand gesteckt zu haben.

Der aus Württemberg gebürtige Angeklagte stellt insofern ein Kriminalpsychologisches Rätsel dar, weil es einfach unverständlich erscheint, wie ein völlig unbescholtener Mensch, dem von allen Seiten das beste Zeugnis ausgestellt wird, es fertig bringen konnte, Spielschulden wegen eines wohlvorbereiteten und kaltblütig ausgeführten Mord an der Ehefrau eines Bekannten zu begehen, um sich in den Besitz von Geld zu setzen. Wie der Angeklagte, der von Rechtsanwalt Grothe in Verteidigt wird, in seiner gestrigen Vernehmung angab, sei er in einem Sparverein zu den Glücksspielen „Rauschen“ und „Schiefsche Lotterie“ verleiht worden und habe ständig verloren, so daß er schließlich etwa 12000 Mark Spielschulden hatte. Als die Gläubiger auf Zahlung drängten, sei er nach und nach auf den Gedanken gekommen, einen der Mitspieler, den Kartoffelhändler Grothe, an den er auch viel Geld verloren hatte, und von dem er wußte, daß er stets über größere Geldmittel verfügte, zu berauben. Er suchte die Frau in ihrer Wohnung auf und erschlug sie hinterrücks. Nachdem er auf dem Rücken liegende 25 Mk. an sich genommen hatte, durchwühlte er alle Kästen und Schränke, ohne weiteres Geld zu finden. Schließlich begab er Betten und Möbel mit Petroleum und ündete sie an, um dadurch die Spuren der Tat zu verwischen. Der Brand wurde jedoch bald entdeckt und gelöscht, so daß der Mord festgestellt werden konnte. — Kriminalkommissar Lottin er-

mittelte den Angeklagten als Täter und Fahr brach, als man ihm den Mord auf den Kopf zusagte, zusammen und legte meidend ein offenes Geständnis ab. — In der gestrigen Verhandlung widerrief Fahr das Geständnis insoweit, daß er nicht mehr ein Mord, sondern nur einen Totschlag zugab. — Der Sachverständige, Gerichtsarzt Dr. Bürger, bekundete, daß irgendwelche Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten nicht beständen. — Der Wahrspruch der Geschworenen lautete nach dem Antrage des Rechtsanwalts Grothe nur auf verurteilten Totschlag. Fahr wurde infolgedessen zu 4 Jahren 4 Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Berücksichtigt wurde dabei, daß er die Tat aus Not begangen hat und unbestraft war.

Elternbeiratswahlen.

Wichtig für alle Funktionäre und Wahlarbeiter.

1. Kandidaten-Vorschlagslisten, Jungblätter, Stimmzettel werden nur gegen Ausweis an den Wahllokal der Bezirksausgewählten durch die den E.B.-Obleuten und politischen Leitern bekannten Stellen. Möglichenfalls Antrags Briefe Str. 8/9 (Tel. Zentr. 15230/39 Bureau Schenck).
2. Für die Kandidaten-Liste (beim Wahllokal der Schule bis spätestens 15. Mai einzureichen) dürfen nur die vom Akt.-Auswahl herausgegebenen Formulare mit dem Einheitskopf benutzt werden.
3. Jungblattverteilung erfolgt auf Grund der Wählerlisten vom 22. 5. ab in den Häusern.
4. Stimmzettel werden nur am Wahltag vor dem Wahllokal verteilt.
5. Alle Beschwerden über Wahllokal-Kommissionen usw. an Akt.-Auswahl der SPD.-USPD.-KPD.-Elternbeiräte, Briefe Str. 8/9 (Tel. Zentr. 15230/39 Bureau Schenck).
6. Für die Einladungen zu den Wahllokal-Sammlungen müssen die Bezirks selbst durch einfache Plakaterungen oder Handzettel Sorge tragen.
7. Für Anzeige jeder Wahllokal-Sammlung in den drei Arbeiterblättern ist rechtzeitig Sorge zu tragen.

Aktionsauswahl der SPD.-USPD.- und KPD.-Elternbeiräte Groß-Berlins.

Die Arbeit des Bezirksbildungsausschusses.

Rückblick auf 1921/22 und Ausblick auf 1922/23.

In der Konferenz der Groß-Berliner Bildungsausschüsse, die am Sonntag nachmittag in der Aula des Friedrich-Realgymnasiums stattfand, von den Kreis- und Bezirksbildungsausschüssen zahlreich besucht war und vom Genossen Weimann eröffnet und geleitet wurde, erhaltete der Genosse Albert Horlich vom Bezirksbildungsausschuss den Jahresbericht, der in dem Gesamtüberblick in idealer wie materieller Hinsicht ein recht zufriedenstellendes Ergebnis aufweist, obwohl die Ergebnisse in den einzelnen Bezirken und Kreisen natürlich ganz verschieden sind. Die 5 Festkonzerte, die auch für 1922/23 wieder stattfinden sollen, waren allerdings, trotz des Besuchs von 1706 Personen im Durchschnitt, nicht genügend besucht, um das Risiko der Wiederholung gefährlos durchführen zu können. Die Parteimitglieder müssen diese höchst künstlerischen Veranstaltungen, die nach dem Urteil von Fachleuten in Berlin einzig dastehen und dem Bildungsstreben unserer Partei zum höchsten Ruhm gereichen, weit mehr besuchen. Die Neue Volksbühne wird infolge vieler Beschwerden aus Mitgliederkreisen in Zukunft nicht mehr benutzt werden. Da aber die Volksbühne eine Inanspruchnahme des Theaters am Bülowplatz von der Benutzung der Neuen Volksbühne in der Köpenicker Straße abhängig machte, so kam eine neue Vereinbarung mit der Volksbühne nicht zustande. Wohl aber werden 6 Vorstellungen im Schiller-Theater zur Verfügung stehen. Außerdem sind mit der Direktion des sehr schönen Theaters am Zoo 28 Sonntag-Nachmittagsvorstellungen abgeschlossen worden, und zwar Anatol, Glaube und Heimat (Schmücker), Lediger Hof, Einsame Menschen, Hedda Gabler, Rosmersholm, Gogol, Jüdin von Toledo, Iphigenie und ein Stück von Restroy. Großen Anklang haben wieder die Kunstabende gefunden, von denen 108 gegen 92 im Vorjahre veranstaltet wurden, und zwar 23 literarische, 29 musikalische, 15 Revolutionsfeste, 1 Weisheit, 21 Führungen durch den Botanischen Garten, 3 Führungen durch Mi-Berlin, 12 Nichtbühnenabende in der Urania, 3 Abende in der Sternwarte und 1 Abend: Berlin von 100 Jahren. Die Bildungsschule hat leider in dem vergangenen Jahre den in sie gesetzten Erwartungen nicht entsprochen. Es waren 1040 Hörer in 30 Arbeitskursen dazugewonnen, davon bedauerlicherweise nur 114 Frauen. Im nächsten Winter werden die Bildungsräume dezentralisiert werden. Opern werden 1922/23 folgende gegeben werden: Hoffmann, Lustige Weiber, Evangelium, Verkaufte Braut, Entführung aus dem Serail, Zigeunerbaron, Orpheus. Da aber an Opernorten nur die halbe Anzahl der Schauspielarten zur Verfügung stehen, so werden auf zwei Schauspielarten eine Opernart ausgegeben werden. Mit einem Appell an die örtlichen Bildungsausschüsse, mit aller Kraft und aller Hingabe im Interesse der Sache zu arbeiten, schloß Genosse Horlich seine mit reichem Beifall aufgenommenen Ausführungen, an die sich eine Aussprache schloß, in der einzelne Kreis- und Abteilungsausschüsse ihre Freuden und Erfolge, aber hier und da auch ihre Leiden zum Ausdruck brachten. Die Kassenprüfer hielten die Kasse in Ordnung befunden und die Versammlung erteilte Entlastung. Infolge der vorgeschrittenen Zeit konnte Genosse Weimann leider den noch beabsichtigten Vortrag über die Stellung des Zentralbildungsausschusses zum Film nicht mehr halten. Den Abschluß des Abends bildete eine Vorführung des stimmungsvollen schwedischen Films „Herrn Arnes Schack“, dem der von Professor Chajes in Gemeinschaft mit der Genossin Gertrud David hergestellte Bekehrfilm „Unfallverhütung in gewerblichen Betrieben“ vorausging. Da hierfür die Dessenlichkeit zugelassen war, war die große Aula überfüllt von einem aufmerksamen und dankbaren Publikum.

Elternbeiratswahlen! Eltern, deren Kinder das Sophien-Gymnasium besuchen, werden gebeten, zurecht Anweisung einer sozialistischen Liste für den Elternbeirat ihre Adressen nebst Ermäßigung, ob sie für eine Kandidatur für den Elternbeirat in Frage kommen, an Herrn A. Meyer, Berlin O. 2, Kaiser-Wilhelm-Str. 12, einzuliefern.

Gesellschaft für Sexualreform. Freitag, den 19. Mai, 8 Uhr, im Institut für Sexualwissenschaft, NW. 40, in den Zellen 10, Eingang Geylowskistr., Vortrag: Frau Dr. Marie Richter spricht über: „Für und wider die Pflanzenerzeugung der Hochwertigen“.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft roge. Fische etwas reichlicher, Geschäft ruhig. Obst- und Gemüse schwach, Geschäft lobhafter.

Am Dienstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:

Rindfleisch 34—40 M., ohne Knochen 40—46 M. Schweinefleisch 40—51 M. Kalbfleisch 30—47 M. Hammelfleisch 40—41 M. Schellfisch 10—13 M. Seelachs 9—11 M. Dorsch 7—7,50 M. Rotzungen 12—16 M. In Eis: Schleie 25—30 M. Hechte 20—21 M. Aale 30—44 M. Karpfen 24—25 M. Labande Barache 21 M. Karpfen 20—25 M. Bleie 21—24 M. Naturbutter 64—70 M. Margarine 31—43 M. Schweineschmalz 40—45 M. Eier 3,50—4 M. Erbsen 8—12,50 M. Weiße Bohnen 9—10 M. Linsen 15,50—18 M. Gruppen 10 M. Gerstengrütze 9,50—10 M. Eiermehl 26 M. Reis 11—15 M. Weizenmehl 10,50—12 M. Roggenmehl 9 M. Kartoffeln 25—29 M. Kehlrüben 4,50 M. Mohrrüben 7—8 M. Spinat 6—12 M. Salat 5—8 M. Spargel 15—25 M. Grüne Gurken 20—30 M. das Stück. Zitronen 1,50 M. das Stück.

Wirtschaft

Bestellung gelegter Bauernstellen.

Unter „Bauernlegen“ ist der Auskauf von Bauernstellen durch den Großgrundbesitz zu verstehen. Nach Befestigung der Bauernschutzgeetze Friedrichs des Großen siehe, besonders in den Provinzen Ostlich der Elbe, ein förmlicher Ausrottungsprozess gegen die Bauern ein, der bis in die heutige Zeit fortdauert, obwohl das Reichs-Eindlungsgesetz das Bauernlegen für nicht billigenwert erklärt. Im § 16 des Reichs-Eindlungsgesetzes wird bestimmt:

„Die Landbesitzverbände sollen vorzugsweise solche Teile der großen Güter, und zwar in sachgemäßer Abgrenzung und mit den dazu gehörigen Gebäuden erwerben, die früher selbständige Bauerngüter oder Landstellen waren und in den letzten 30 Jahren vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes von Eigentümern der großen Güter auf gekauft worden sind.“

Schon vor dem Inkrafttreten des Reichs-Eindlungsgesetzes erließ der Preussische Landwirtschaftsminister an die provinziellen Siedlungsgesellschaften eine Verordnung, in der gesagt wird:

„Die Errichtung von Bauten ist augenblicklich und voraussichtlich noch für längere Zeit mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden. Dadurch wird die gerade jetzt dringend notwendige Schaffung neuer landwirtschaftlicher Anstellungen behindert und großenteils unmöglich gemacht. Es muß daher nach Wegen gesucht werden, wie das Bedürfnis nach Anstellungslustigen, das sich in einer überaus großen Nachfrage seitens der Anstellungslustigen äußert, auf andere Weise befriedigt werden kann.“

In vielen Gegenden sind zahlreiche Landstücke im Besitze von größeren Grundeigentümern, die von ehemals selbständigen Bauern und sonstigen Landstellen herrühren und noch mit den früheren Wohn- und Wirtschaftsgebäuden besetzt sind. Es muß erstrebt werden, diese großenteils unbenützten Gebäude mit dem erforderlichen Lande dem Kleinbesitz wieder zuzuführen und für die Ansiedlung nutzbar zu machen.

Ich glaube annehmen zu dürfen, daß sich die betreffenden Großgrundbesitzer bei der Realisation, in der sich der Staat bei seinen Maßnahmen zur Förderung der inneren Kolonisation gegenwärtig befindet, der Einsicht nicht verschließen werden, daß sie zu ihrem Teile dazu beitragen müssen, die bestehenden Schwierigkeiten zu beheben. Würde sich der Staat in dieser Erwartung getäuscht sehen und, ohne daß ausreichende Gründe zu erkennen sind, auf eine Bereitwilligkeit der Besitzer nicht rechnen können, so würde nichts übrig bleiben, als von den Zwangsmaßnahmen der Reichsverordnung Gebrauch zu machen, sobald sie verabschiedet ist.“

In einer neuerlichen Verordnung kommt der Minister auf die Angelegenheit zurück und erklärt wörtlich:

„Das Ergebnis ist unbefriedigend gewesen.“ Nunmehr ist eine Erklärung darüber angeordnet worden, wieviel ehemals selbständige Landstellen in den letzten 30 Jahren in das Eigentum des Großgrundbesitzes übergegangen sind.“

Alle diese Maßnahmen haben es nicht verhindern können, daß das Bauernlegen bis auf den heutigen Tag forbertrieben wird. Ein ausdrückliches Verbot des Auskaufs von Landstellen durch den Großgrundbesitz besteht nicht. Ein solches Verbot ist aber eine dringende Notwendigkeit. Erst wenn der Fortbestand der vorhandenen Landstellen gesichert ist, hat die Befestigung der gelegten Bauernstellen einen Sinn.

Erwald Bogt, 1. Vorf. des „Bund der Siedler v. B.“

Sommertarife für Stahl. Die Tatsache, daß in einzelnen Jahreszeiten der Wagenpark der Eisenbahnen nur unzulänglich ausgenutzt wird, während im Herbst und Winter sich der Verkehr staut, hat Anlaß zu der Forderung nach Einführung von Sondertarifen für Güter in der verkehrsfreien Zeit gegeben. Nach Beratung mit Vertretern der Industrie hat nun das Reichsverkehrsministerium für Stahl Sommererlässe gewährt. Für andere Waren kommen sie nicht in Frage, weil es an Borräten im allgemeinen fehlt. Das Reich erteilt besondere Ermäßigungen für Stahl auch deshalb, weil die Industrie ihre Preise für den Sommer herabgesetzt hat. Seitens sonst nur um 20 Proz. ermäßigte Tarife, so wird die Ermäßigung während der Monate Mai bis Juli auf 30 Proz. erhöht, während der Monate September bis November sowie Januar auf 15 Proz. vermindert, so daß sich im ganzen für die Reichsstaße ein Ausgleich ergibt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Deutscher Verkehrsband, Abt. Tele- und Fernsprechpersonal. Branches Tele- und Fernschreiber: Donnerstag 7 Uhr in den Germania-Hallen, Charlottenstr. 110, öffentliches Verlesung. Besondereauswahlwahlen und Besondereauswahlgesetz. Referent Reichstagsabgeordneter Bender. Vollständiges Erschließen aller Beamten erforderlich.

Funkenvereinsversammlung der Funkenvereine des Zentralverbandes der Bild- und Radioisten. Donnerstag 7 Uhr in der Victoria-Schule (Aula), Brunnstr. 51.

Verband der Sattler, Tapezierer und Vorsteuher. Branches Sattler- und Tapezierer: Donnerstag 7 Uhr Versammlung im „Alexandiner“, Wagnersbrunnstr. 7a. Bericht über die Verhandlung mit der Sattlerinnung. Seber Betrieb muß vertreten sein, auch die Kollegen der wasserbüchsen Branchen. — Die Branchenleitung.

Rebellenführer. Branchenversammlung aller Rebellen- und Rebellenführer. Donnerstag 7 Uhr in der Schulstraße Weinmeisterstr. 16/17. — Die Branchenleitung.

Volkerversammlung der kommunalen Betriebsräte am Donnerstag 6 Uhr in den Anderson-Hallen, Andronoffstr. 21. Bericht der Kommunal-Kommission über die Reorganisation der kommunalen Betriebsräte. Wir bitten, pünktlich zu erscheinen. Jeder Betrieb muß vertreten sein. Dine bis von uns ausgewählten Ausschüsse sein Zutritt zur Versammlung. — Der geschäftsführende Ausschuss.

Deutscher Betriebsvereinsverband. Versammlung aller Betriebsvereine der Bundesindustrie Freitag 7½ Uhr im Restaurant Brandenburg, Großauer Straße 2.

Sport.

Das Rennen zu Ruhleben erfreute sich bei dem prachtvollen Frühlingwetter eines ausgezeichneten Besuches. Der Sport bot keine sonderlich erregenden Momente.

Rennen zu Ruhleben am Dienstag, den 16. Mai.

1. Rennen. 1. Uranerob (Eger), 2. Handjet (Hüder), 3. Naxilla (W. Lautenberg). Tot.: 22:10, Platz: 14, 18, 41:10. Ferner liefen: Marischen D., Hyllant, Jason Jr., Friedensmare, Feig III, Eduard I, Jagans.
2. Rennen. 1. Diomedes (Vielensfeld), 2. Jribourg W. (Gaublein), 3. Boby (Rogotsch). Tot.: 199:10, Platz: 40, 59, 45:10. Ferner liefen: Paul B., Käthe I, Paul II, Hilmblau, Radens, Trautenhörn, Verbun, Weininger, Biene III, Wingen Jr., Handreich, Marison.
3. Rennen. 1. Lagune (Grohmann), Rühler (V. Müll), 2. Crocus (Hans Schlenker). Tot.: 18:10, Platz: 17, 32, 43:10. Ferner liefen: Altonar (disq.), Top Kuler, III, Wilhelmina, Ebbina, Curafider I, Zinnale I, Malador I, Hartensfeld.
4. Rennen. 1. Rula Dixon (Preußler), 2. Hildaloz (Ringels), 3. Peng Carl (Grube). Tot.: 15:10, Pl. 12, 16:10. Ferner liefen: Ungreif, Durachbrun, Barbe.
5. Rennen. 1. Kraber (Hedert), 2. Brocade (Doelmann), 3. Bell (W. Reum). Tot.: 78:10, Platz: 16, 18, 25:10. Ferner liefen: Gerard W., Felner Woodline, Waban, Cleo Kuler, Monarch.
6. Rennen. 1. Helberole B. (Vielensfeld), 2. Hildeblau (Krauth), 3. Alperer (Rogotsch). Tot.: 45:10, Platz: 12, 12, 14:10. Ferner liefen: Idealia R., Franzfurter, Gulhas, Alciel B., Jahn I, Hartstein, Feldmann, Lindra.
7. Rennen. 1. Akt. 1. Baron Viktor (Ebert), 2. Amon (Walther), 3. Darbanella (Elias). Tot.: 23:10, Platz: 17, 33, 42:10. Ferner liefen: Handblüh, Biene III, Widdigen, Volzig, Erich I, Blieger, Krugert, Schlops, Elgurd.
7. Rennen. 2. Akt. 1. Xenie (Göhme), Jaborita 2. (Schmidt), 2. Alerton (Röfle). Tot.: 20:10, Platz: 13, 18, 18:10. Ferner liefen: Erlaucht, Verb R., Fehulise, Teddy Reg. Direslor, Wilkomm I, Gradista, W. Dr. Gellera.
8. Rennen. 1. Stimpel (Wolk), Jumbalberg (Grohmann), 3. Rola Riber (J. Müll). Tot.: 129:10, Platz: 28, 14, 30:10. Ferner liefen: Marcel, Oetzmagda, Gulshaus, Jriboun III, Leufelsbart.

